PKBS

Pensionskasse Basel-Stadt

Geschäftsbericht und Jahresrechnung

2015

Inhaltsverzeichnis

Teil I: Geschäftsbericht 2015 3

1. Das Geschäftsjahr im Überblick (Zusammenfassung) 3

2. Tätigkeitsberichte 4
- a) Verwaltungsrat 4
- b) Anlageausschuss 5
- c) Vorsorgekommissionen 5
- d) Geschäftsstelle 5

3. Die finanzielle Lage 6
- a) Deckungsgrad 6
- b) Wertschwankungsreserven 6
- c) Sanierungsmassnahmen 7

4. Vorsorge 8
- a) Angeschlossene Arbeitgeber 8
- b) Versicherungen und Leistungen 8

5. Vermögensanlagen 9
- a) Allgemeines Wirtschafts- und Börsengeschehen 9
- b) Strategie und Anlagestruktur 9
- c) Anlageergebnis/Performance 10
- d) Vermögensverwaltung 11

6. Entschädigung einzelner Organe 13
- a) Entschädigung der Mitglieder des Verwaltungsrats 13
- b) Entschädigung der Mitglieder des Anlageausschusses 14
- c) Entschädigung der Mitglieder der Geschäftsleitung 14

Teil II: Jahresrechnung 15

1. Bilanz per 31. Dezember 2015 (in CHF) 15

2. Betriebsrechnung 1. Januar 2015 bis 31. Dezember 2015 (in CHF) 17

3. Anhang 20

1. Grundlagen und Organisation 20
2. Aktive Versicherte und Rentenbeziehende 26
3. Art der Umsetzung des Zwecks 29
4. Bewertungs- und Rechnungslegungsgrundsätze, Stetigkeit 31
5. Versicherungstechnische Risiken/Risikodeckung/Deckungsgrad 32
6. Erläuterungen der Vermögensanlage und des Netto-Ergebnisses aus Vermögensanlage 38
7. Erläuterung weiterer Positionen der Bilanz und Betriebsrechnung 50
8. Auflagen der Aufsichtsbehörde 53
9. Weitere Informationen mit Bezug auf die finanzielle Lage 53
10. Ereignisse nach dem Bilanzstichtag 54
11. Abkürzungen und Begriffe 55

Teil III: Bericht der Revisionsstelle 59

Teil I: Geschäftsbericht 2015

1. Das Geschäftsjahr im Überblick (Zusammenfassung)

2015 war die Pensionskasse Basel-Stadt (PKBS) geprägt von den Arbeiten in Zusammenhang mit der Einführung des Pensionskassengesetzes vom 4. Juni 2014 sowie der auf den 1. Januar 2016 vom Verwaltungsrat beschlossenen Senkung des technischen Zinssatzes von 4% auf 3% und der Umstellung des Vorsorgeangebots auf das Beitragsprimat. Die Vorbereitungsarbeiten für die Veränderungen per 1. Januar 2016 konnten fristgerecht abgeschlossen werden. Die effiziente und effektive Zusammenarbeit zwischen dem Kanton Basel-Stadt, den angeschlossenen Vorsorgewerken und der PKBS unter Einbezug der Revisionsstelle, des Experten für die berufliche Vorsorge sowie der BVG- und Stiftungsaufsicht beider Basel (BSABB) waren wesentliche Erfolgsfaktoren.

Die Vorsorgewerke haben ihre Vorsorgekommissionen gewählt und mit der Ausarbeitung der Vorsorgelösungen beauftragt. Die Vorsorgekommissionen haben ihre Arbeit mit Unterstützung der Geschäftsstelle an die Hand genommen. Mit Entscheid vom 29. September 2015 hat der Regierungsrat unter Berücksichtigung des Standes der Vorbereitungsarbeiten die für das Wirksamwerden des Pensionskassengesetzes vom 4. Juni 2014 erforderlichen Beschlüsse gefasst. Die PKBS hat den für die Einführung der Teilkapitalisierung 2013 eingereichten Antrag an die BSABB unter Berücksichtigung der Beschlüsse des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt finalisiert. Die vertraglichen Vereinbarungen für die Umstellungen konnten fristgerecht abgeschlossen werden, so dass auch die betroffenen Versicherten über die konkreten Auswirkungen der Veränderungen durch Informationsmaterialien und im Rahmen von Anlässen rechtzeitig orientiert werden konnten. Die Genehmigung des Antrages durch die BSABB zur Bewilligung der Teilkapitalisierung ist zum Jahreswechsel erfolgt.

Gleichzeitig war die PKBS mit anspruchsvollen Anlagemärkten konfrontiert. Auf einen guten Jahresausklang 2014 folgte am 15. Januar 2015 der Schock an den Märkten, als die Schweizerische Nationalbank die Aufhebung des Mindestkurses gegenüber dem Euro verkündete und gleichzeitig Negativzinsen einführte. Die kurzfristigen Folgen dieses Entscheides waren im Anlageportfolio der PKBS deutlich zu spüren, konnten jedoch während des ersten Quartals wieder ausgeglichen werden. In der Folge zeigte auch die Geldschwemme der Europäischen Zentralbank ihre Wirkung. Die Vermögensentwicklung im zweiten und dritten Quartal war negativ. Aufgrund der Erholung des inländischen Aktienmarktes im vierten Quartal konnte die negative Performance wieder ausgeglichen und per Ende Jahr mit einem positiven Ergebnis abgeschlossen werden. Negative Beiträge verursachten im Jahr 2015 die Anlagekategorien Aktien Ausland und Rohstoffe. Die Liquiditätshaltung litt – trotz Einführung der Negativzinsen – noch nicht wesentlich. Positive Renditen resultierten insbesondere aus den Immobilienanlagen, gefolgt von Aktien Inland und Darlehen sowie Hypotheken und Obligationen. Die Performance betrug schliesslich 1,19% (Vorjahr 7,45%). Die Sollrendite von 4,6% wurde um 3,41 Prozentpunkte verfehlt.

In den letzten zehn Jahren betrug die durchschnittliche Performance 3,2% und erreichte die erforderliche Sollrendite von 4,6% nicht. Unter Berücksichtigung des Performancebeitrages 2015, der Anrechnung der Arbeitgeberbeitragsreserven mit Verwendungsverzicht sowie der Wertschwankungsreserven sank der Gesamtdeckungsgrad, welcher auf einem technischen Zins von 4% beruht, per 31. Dezember 2015 auf 101,0% (Vorjahr 103,9%). Der Deckungsgrad im Bereich Staat beträgt 98,9% (Vorjahr 102,1%). Der durchschnittliche Deckungsgrad der übrigen Vorsorgewerke beträgt 103,8% (Vorjahr 106,3%).

2. Tätigkeitsberichte

a) Verwaltungsrat

Der Verwaltungsrat traf sich im Berichtsjahr zu vier ordentlichen Quartalssitzungen, drei weiteren Sitzungen und einem Workshop. Der Prüfungsausschuss der PKBS tagte im Berichtsjahr fünfmal. Eine separate Arbeitsgruppe des Verwaltungsrats hat die Aktivitäten der Geschäftsstelle in Zusammenhang mit der Totalrevision des Pensionskassengesetzes auch im Jahr 2015 begleitet und die vom Verwaltungsrat zu fällenden Entscheide vorbereitet.

Während des ganzen Berichtsjahres hat sich der Verwaltungsrat sowohl an den ordentlichen als auch an den ausserordentlichen Sitzungen mit der Umsetzung des neuen Pensionskassengesetzes (PKG) auseinandergesetzt, die Aktivitäten der Geschäftsstelle verfolgt und folgende Beschlüsse gefasst:

- Beschluss über das neue Reglement zur Governance: Dieses Reglement hat rückwirkend per 1. Januar 2015 die Weisung des Verwaltungsrates zur Umsetzung der ASIP-Charta ersetzt und die bisher auf Ebene der Geschäftsstelle bestehende Weisung zur Ausübung der Wahl- und Stimmrechte neu auf Stufe Verwaltungsrat geregelt.

- Beschluss über das neue Rahmenreglement: Das neue Rahmenreglement ersetzt das bisherige Vorsorgereglement und wird auf den 1. Januar 2016 wirksam.

- Beschluss über den neuen Musteranschlussvertrag sowie die Einkaufstabellen: Die Einkaufstabellen bilden integrierender Bestandteil der Vorsorgepläne.

- Beschluss über das neue Kostenreglement: Das Kostenreglement wird auf den 1. Januar 2016 wirksam und regelt, welche ausserordentlichen Aufwendungen den Arbeitgebenden und den Versicherten in Rechnung gestellt werden.

- Beschluss über den finalen Antrag zur Teilkapitalisierung: Nach dem Beschluss des Regierungsrates über das Wirksamwerden des Pensionskassengesetzes vom 4. Juni 2014 per 1. Januar 2016 hat er den finalen Antrag an die BVG- und Stiftungsaufsicht beider Basel (BSABB) zur Einführung der Teilkapitalisierung für die Vorsorgewerke Staat, Universitätsspital Basel, Felix Platter-Spital, Universitäre Psychiatrische Kliniken, Basler Verkehrsbetriebe BVB, IWB Industrielle Werke Basel und Gemeinde Riehen gestellt, welcher von der BSABB mit Verfügung vom 30. Dezember 2015 bewilligt worden ist.

- Erlass eines Default-Vorsorgeplanes: Er hat unter Berücksichtigung von § 14 Abs. 1 des Pensionskassengesetzes vom 4. Juni 2014 einen Default-Vorsorgeplan erlassen, welcher zur Anwendung gelangt wäre, wenn sich ein Vorsorgewerk nicht rechtzeitig für die ab 1. Januar 2016 geltende Vorsorgelösung im Beitragsprimat entschieden hätte.

Weiter hat sich der Verwaltungsrat vertieft mit der Überprüfung der Anlagestrategie auseinandergesetzt und die Strategie auf den 1. Januar 2016 unverändert belassen.

Im Berichtsjahr hat der Verwaltungsrat seine Zustimmung zur Integration des Vorsorgewerkes Interkantonale Strafanstalt Bostadel in das Vorsorgewerk Staat genehmigt.

Er hat die Zusammensetzung des Anlageausschusses sowie die Revisionsstelle für ein Jahr bestätigt.

Schliesslich hat er die in Zusammenhang mit seiner Richtlinie zur Festlegung der Zinssätze erforderlichen Beschlüsse gefasst, welche die Verzinsung der Arbeitgeberbeitragsreserve ohne Verwendungsverzicht sowie die Sparkapitalien der invaliden Versicherten für das Jahr 2016 umfassen. Weil die Beschlüsse über die Zinssätze für die Sparkapitalien 2016 sowie die Gewährung eines allfälligen Teuerungsausgleichs für laufende Renten neu für alle Vorsorgewerke jeweils durch die zuständige Vorsorgekommission gefasst werden, hatte der Verwaltungsrat zu diesen Punkten im Jahr 2015 keine Entscheide zu fällen.

b) Anlageausschuss

Der Anlageausschuss traf sich 2015 zu zwölf ordentlichen Sitzungen. Zwei Geschäfte wurden per Telefonkonferenz und drei Anträge auf dem Zirkularweg beschlossen. Die Überprüfung der Mandatsstruktur, die Überwachung der Mandatsnehmer sowie die taktische Asset Allocation gehören zu den ständigen Aufgaben des Anlageausschusses. Alle sechs Mitglieder des Anlageausschusses wurden im September 2015 vom Verwaltungsrat für ein weiteres Jahr wiedergewählt.

Der Immobilienausschuss des Anlageausschusses traf sich 2015 zu acht ordentlichen Sitzungen. Vier Geschäfte wurden per Telefonkonferenz und ein Antrag auf dem Zirkularweg beschlossen. Die Überwachung des Mandatsnehmers für die Immobiliendirektanlagen in der Schweiz sowie die Festlegung der einzelnen Objektstrategien gehören zu den ständigen Aufgaben des Immobilienausschusses. Die drei stimmberechtigten Mitglieder sind Delegierte des Anlageausschusses.

c) Vorsorgekommissionen

Mit dem neuen Pensionskassengesetz vom 4. Juni 2014 hat die Vorsorgekommission Organstellung erhalten. Dies führte dazu, dass alle Vorsorgewerke – auch das Vorsorgewerk Bereich Staat – eine Vorsorgekommission zu bestimmen hatten, welche paritätisch zusammengesetzt ist. Im Jahr 2015 nahmen die Vorsorgekommissionen ihre Tätigkeit auf. Sie nahmen die Einnahmen- und Ausgabenrechnung 2014 zur Kenntnis sowie die Informationen zu den Veränderungen infolge Einführung des neuen Pensionskassengesetzes vom 4. Juni 2014 (PKG) sowie zu den Folgen der Umstellung des Produktangebots der PKBS und der damit zusammenhängenden Senkung des technischen Zinssatzes von 4% auf 3% per 1. Januar 2016. Sie befassten sich in erster Linie mit der Auswahl der Vorsorgelösung, welche auf den 1. Januar 2016 wirksam wurde, und beschlossen über die Verzinsung der Sparkapitalien für das Kalenderjahr 2016. Weil alle Vorsorgekommissionen rechtzeitig über die neue Vorsorgelösung einen Beschluss gefasst haben, musste § 14 Abs. 1 PKG nicht zur Anwendung gelangen, welcher aussagt, dass für Vorsorgewerke, für die bis zum Wirksamwerden des PKG keine neue Lösung bestimmt wurde, der Vorsorgeplan des Vorsorgewerkes Bereich Staat betreffend Primat, Festlegung des versicherten Lohnes, der Höhe der Sparbeiträge und der Risikoleistungen zur Anwendung gelangt (Default-Vorsorgeplan).

d) Geschäftsstelle

Die Geschäftsstelle war im Berichtsjahr einerseits mit der Vorbereitung der Sitzungen des Verwaltungsrats, der Ausschüsse und der Arbeitsgruppen des Verwaltungsrates – vor allem mit Aktivitäten in Zusammenhang mit der laufenden Umsetzung des neuen Pensionskassengesetzes, der Senkung des technischen Zinssatzes und der damit verbundenen Umstellung der Vorsorgelösungen auf das Beitragsprimat beschäftigt.

Sie begleitete die angeschlossenen Vorsorgewerke bei der Wahl und Einsetzung der Vorsorgekommissionen und bei der Auswahl der Vorsorgelösung, welche auf den 1. Januar 2016 wirksam wurde. Die Umstellungsaktivitäten wurden mit Kommunikationsmassnahmen bezüglich Arbeitgeber sowie Destinatäre flankiert, damit die Auswirkungen der Veränderungen auf die angeschlossenen Vorsorgewerke, die Prozesse der Arbeitgebenden sowie die persönliche Vorsorgesituation rechtzeitig erkannt werden konnten.

Die Kommunikationsmassnahmen erfolgten insbesondere mittels Gesprächen mit den Vorsorgekommissionen, im Rahmen des jährlich durchgeführten Kundenanlasses, zahlreichen Personalorientierungen vor Ort, der Hauszeitung «aspekte», einer Sonderbroschüre zur Primatumstellung sowie Versand eines Vergleichsausweises. Zahlreiche Versicherte nahmen Beratungsdienstleistungen über eine speziell eingerichtete Hotline oder im direkten Kontakt mit den Vorsorgeberatern der Geschäftsstelle in Anspruch.

Weitere Informationspflichten wurden durch die Zustellung des jährlichen Vorsorgeausweises an alle aktiven Versicherten sowie die Einnahmen- und Ausgabenrechnung an die Vorsorgewerke erfüllt. Auf den Jahreswech-

sel wurde zudem der Internet-Auftritt der PKBS an die Neuerungen angepasst. Informationen sind auch unter www.pkbs.ch erhältlich.

Obwohl sich die meisten Vorsorgewerke bei der Definition der ab 1. Januar 2016 wirksam werdenden Vorsorgelösung für eine Rentengarantie (Garantie der Altersrente per 31. Dezember 2015 in Franken bis am 1. Januar 2017) entschieden und Besitzstandseinlagen gewährten, kam es auf Ende des Kalenderjahres zu einer ausserordentlichen Anzahl Pensionierungen, welche fristgerecht verarbeitet wurden.

Auch im Tagegeschäft war die Geschäftsstelle gefordert:

Aufgrund des Projekts Systempflege des Kantons Basel-Stadt wurden auf den 1. Februar 2015 im Nachgang zur ordentlichen Verarbeitung der Lohnanpassungen per 1. Januar 2015 mehr als 4 000 ausserordentliche Lohnanpassungen verarbeitet.

Die Geschäftsstelle überführte Lehrpersonen der Musik-Akademie Basel-Stadt zum Kanton Basel-Stadt resp. zu der Gemeinde Riehen.

Das Vorsorgewerk Sozialpädagogische Wohngruppen Karpfenweg wurde aufgelöst und die Rentenverpflichtungen wurden auf eine externe Vorsorgeeinrichtung übertragen.

Das Vorsorgewerk Interkantonale Strafanstalt Bostadel wurde rückwirkend auf den 1. Januar 2015 in das Vorsorgewerk Staat und das Vorsorgewerk Augenspital in Basel in das Vorsorgewerk Universitätsspital Basel integriert.

Die Geschäftsstelle unterstützte die Universitären Zahnkliniken Basel bei der Gründung des Vorsorgewerkes, welches ab 1. Januar 2016 bei der PKBS angeschlossen ist.

Im Weiteren wurden einige Sanierungsvereinbarungen angepasst oder neu erstellt, um die eingeleiteten Sanierungspfade im Hinblick auf die Folgen der Senkung des technischen Zinssatzes sicherzustellen resp. Sanierungen proaktiv zu veranlassen. Bei einem Vorsorgewerk konnte aufgrund der erfreulichen Entwicklung des Deckungsgrades die Sanierung eingestellt werden.

3. Die finanzielle Lage

a) Deckungsgrad

Der Deckungsgrad der Gesamtkasse sank im Berichtsjahr aufgrund der erzielten Performance an den Anlagemärkten von 103,9% auf 101,0% (–2,9 Prozentpunkte).

Da die einzelnen Vorsorgewerke ihre Vorsorgekosten selbst finanzieren, sind die für jedes Vorsorgewerk einzeln errechneten Deckungsgrade massgebend. Für das grösste Vorsorgewerk «Staat» ergibt sich ein Deckungsgrad von 98,9% (Vorjahr 102,1%). Der durchschnittliche Deckungsgrad aller Vorsorgewerke sank von 106,3% auf neu 103,8%, unter Anrechnung von Arbeitgeberbeitragsreserven mit Verwendungsverzicht. Massgebend für diese Reduktion des Deckungsgrades ist der Umstand, dass die erreichte Performance die Zielrendite verfehlt hat. Von den insgesamt 69 Vorsorgewerken weisen 34 (Vorjahr 26) eine Unter- und 35 (Vorjahr 46) eine Überdeckung aus.

b) Wertschwankungsreserven

Die Zielgrösse der Wertschwankungsreserven beträgt beim Staat und bei den angeschlossenen Vorsorgewerken jeweils 17% der Vorsorgeverpflichtungen.

Im Bereich Staat bestehen per 31. Dezember 2015 aufgrund der Unterdeckung keine Wertschwankungsreserven; die Zielgrösse beträgt CHF 1 067,4 Mio.

Bei den 35 angeschlossenen Vorsorgewerken, welche einen Deckungsgrad grösser als 100% aufweisen, beträgt die Wertschwankungsreserve per 31. Dezember 2015 CHF 212,3 Mio. (Vorjahr CHF 314,6 Mio.). Die Zielgrösse aller angeschlossener Vorsorgewerke beträgt CHF 787,0 Mio. Freie Mittel bestehen somit erst, wenn dieser Zielwert überschritten ist.

c) Sanierungsmassnahmen

Bereich Staat

Seit dem 1. Januar 2011 leisten die Arbeitnehmenden einen um 1,6 Prozentpunkte erhöhten ordentlichen Arbeitnehmerbeitrag an die PKBS (10,1% anstatt 8,5%). Weiter wird der ordentliche Beitrag des Arbeitgebers um 1,6% reduziert, sowie der jährliche Beitrag des Arbeitgebers an den Teuerungsfonds von 2,5% auf 0,1% gesenkt. Mit dieser Reduktion bzw. mit der Entlastung des Arbeitgebers wird die Hälfte des vom Arbeitgeber vorgeschossenen Betrages für die Ausfinanzierung von den Destinatärinnen und Destinatären über einen staatlichen Amortisationsfonds zurückbezahlt.

Die beiden Spezialfinanzierungen, welche der Staat aufgrund der Ausfinanzierung per 1. Januar 2008 und der Sanierung per 31. Dezember 2010 in seiner Jahresrechnung führt, sind nachfolgend aufgeführt.

Ausfinanzierung per 1. Januar 2008 (in Mio. CHF)	Restschuld Anteil Destinatäre
01.01.2008	–573,5
31.12.2008	–557,6
31.12.2009	–539,6
31.12.2010	–490,8
31.12.2011	–471,4
31.12.2012	–450,8
31.12.2013	–428,9
31.12.2014	–405,6
31.12.2015	–380,9

Der Kanton Basel-Stadt hat den Ausfinanzierungsbetrag für den Bereich Staat von CHF 1 379 Mio. per 1. Januar 2008 der PKBS überwiesen. Davon wurden CHF 364 Mio. aus einer in der Staatsrechnung vorhandenen Rückstellung finanziert (CHF 232 Mio. für Arbeitgeber und Arbeitnehmer und CHF 132 Mio. für Arbeitgeber). Der von den Destinatären zu finanzierende Anteil von 50% (CHF 1 379 Mio. – CHF 232 Mio. = CHF 1 147 Mio. × 50% = CHF 573,5 Mio.) wird über eine Spezialfinanzierung (Fonds) amortisiert (jährlich 4% der versicherten Lohnsumme; vgl. § 56 PKG). Der obige Betrag zeigt den noch zu finanzierenden Anteil (Restschuld) auf. Ist diese Restschuld amortisiert, treten die in § 56 Abs. 7 PKG und § 27 Abs. 2 Lohngesetz enthaltenen Rechtsfolgen ein.

Sanierung per 31. Dezember 2010 (in Mio. CHF)	Restschuld Anteil Destinatäre
31.12.2010	–397,5
31.12.2011	–346,3
31.12.2012	–316,7
31.12.2013	–286,1
31.12.2014	–254,1
31.12.2015	–221,0

Der Kanton Basel-Stadt hat den Sanierungsbetrag für den Bereich Staat von CHF 795 Mio. per 31. Dezember 2010 der PKBS überwiesen. Der von den Destinatären zu finanzierende Anteil von 50% (CHF 397,5 Mio.) wird über eine Spezialfinanzierung (Fonds) amortisiert (jährlich 4% der versicherten Lohnsumme; vgl. § 56 Abs. 4 PKG). Der obige Betrag zeigt den noch zu finanzierenden Anteil auf (Restschuld). Ist die Restschuld amortisiert, treten die in § 56a Abs. 9 PKG enthaltenen Rechtsfolgen ein.

Bereich angeschlossene Arbeitgeber

Aufgrund der positiven Entwicklung des Deckungsgrades per 31. Dezember 2014 konnten die Sanierungsmassnahmen des Vorsorgewerks der Gemeinde Bettingen im Berichtsjahr eingestellt werden.

Die laufenden Sanierungskonzepte der Vorsorgewerke mit ausschliesslich Rentenbeziehenden sind unverändert in Kraft, während die übrigen direkten sowie indirekten Sanierungskonzepte per 31. Dezember 2015 infolge anstehender Umstellung der Vorsorgelösungen auf das Beitragsprimat revidiert wurden.

- Mit allen Vorsorgewerken, welche einen aktiven Versichertenbestand haben und sich aufgrund des bisherigen Deckungsgrades in einer Unterdeckung befinden oder wegen der geschätzten Kosten in Zusammenhang mit der Senkung des technischen Zinssatzes (von aktuell 4% auf 3%) per 1. Januar 2016 in eine Unterdeckung geraten werden, wurde per 1. Januar 2016 eine neue Sanierungsvereinbarung getroffen.

- Vorsorgewerke mit ausschliesslich Rentenbeziehenden werden im Laufe des Jahres 2016 überprüft, sofern eine Unterdeckung besteht oder entstanden ist.

4. Vorsorge

a) Angeschlossene Arbeitgeber

Im Berichtsjahr resultieren drei Veränderungen: Das geschlossene Vorsorgewerk Sozialpädagogische Wohngruppen Karpfenweg wurde infolge Übertragung der Rentenbeziehenden in eine andere Vorsorgeeinrichtung liquidiert, das geschlossene Vorsorgewerk Augenspital in Basel wurde in das Vorsorgewerk des Universitätsspitals Basel und das Vorsorgewerk der Interkantonalen Strafanstalt Bostadel in das Vorsorgewerk des Kantons Basel-Stadt integriert.

Aus den Vorsorgewerken Bürgergemeinde der Stadt Basel – Bürgerspital Basel, Bürgergemeinde der Stadt Basel – Bürgerliches Waisenhaus und Forstbetrieb der Bürgergemeinde ist im Berichtsjahr die letzte aktive versicherte Person pensioniert worden. Diese drei (geschlossenen) Vorsorgewerke bestehen somit nur noch für die Rentenbeziehenden weiter.

Zudem hat das Vorsorgewerk Verein «Gsünder Basel» ihren Anschlussvertrag per 31. Dezember 2015 gekündigt und wechselt somit den Vorsorgeträger.

b) Versicherungen und Leistungen

Aufgrund der per 1. Januar 2016 bevorstehenden Umstellungen nahmen im Berichtsjahr die Einkäufe in die maximal möglichen, reglementarischen Leistungen zu. Grundsätzlich nutzten über 1 000 (Vorjahr 800) Versicherte die Möglichkeit, Vorsorgelücken zu schliessen, sei es mit eingebrachten Säule 3a-Geldern oder aber mit Privatmitteln. 914 Personen nutzten Letzteres und leisteten Einkäufe im Umfang von CHF 22,4 Mio. Damit wurden vor allem Lücken in den reglementarischen Leistungen gefüllt. Von diesen 914 Personen haben zudem 214 Personen (Vorjahr 166) Einlagen von CHF 5,9 Mio. für die vorzeitige Pensionierung (Vorjahr CHF 4,4 Mio.) und 57 Personen (Vorjahr 41) Einlagen im Umfang von CHF 1,4 Mio. (Vorjahr CHF 0,7 Mio.) für die Überbrückungsrente aufgewendet.

Im Vergleich zum Vorjahr hat eine ähnliche Anzahl Personen einen Vorbezug für Wohneigentum getätigt. 104 Personen (Vorjahr 109) haben Vorsorgegelder im Umfang von rund CHF 7,5 Mio. bezogen (Vorjahr CHF 4,4 Mio.). Eine Zunahme bei den Verpfändungen der Vorsorgegelder war im Berichtsjahr zu verzeichnen: 52 Personen (Vorjahr 33 Personen) haben ihre Vorsorgeguthaben für Wohneigentum im Umfang von rund CHF 7,4 Mio. ganz oder Teile davon verpfändet (Vorjahr CHF 4,2 Mio.).

5. Vermögensanlagen

a) Allgemeines Wirtschafts- und Börsengeschehen

Während der Welthandel und die globale Industrie leicht schwächelten, zeigten sich die Binnenmärkte in den meisten Industrienationen erfreulicherweise robust. Dies galt insbesondere für die amerikanische Wirtschaft. Auch in der Eurozone erstarkte, angeführt von Deutschland, die Inlandnachfrage weiter. Demgegenüber enttäuschte erneut das Wachstum in vielen Schwellenländern. Im Fokus stand insbesondere China, dessen Wachstumsabschwächung – wenn auch auf hohem Niveau – immer wieder Befürchtungen aufkommen liess, dass die globale Wirtschaft Schaden nehmen könnte. Parallel dazu gaben die Rohstoffnotierungen deutlich nach. Öl- und etliche Metallpreise fielen auf den tiefsten Stand seit der Finanzkrise.

Das Jahr 2015 begann aus Schweizer Sicht mit einem Paukenschlag. Die Schweizerische Nationalbank hob den EUR-CHF Mindestwechselkurs auf und senkte die Leitzinsen in den negativen Bereich, wodurch auch die Renditen von Eidgenossen in den negativen Bereich rutschten. Kurz danach lancierte die Europäische Zentralbank ihr mehrjähriges und milliardenschweres Anleihenankaufprogramm. Die Notenbanken kämpfen mit ihren Programmen und der Nullzinspolitik gegen eine drohende Deflation und für einen globalen Wirtschaftsaufschwung. Aus Sicht der Finanzmarktteilnehmer stand der Monat Dezember schliesslich ganz im Zeichen der Geldpolitik. Kurz vor Jahresschluss erfolgte die seit Langem erwartete erste Leitzinserhöhung in den USA seit der Finanzkrise. Vor diesem Hintergrund erstarkte die US-Währung vorübergehend, wobei die Aufwertung gegenüber dem Schweizer Franken weniger ausgeprägt erfolgte als gegenüber dem Euro und vielen Schwellenländern. Dabei offenbart sich ein zunehmendes Auseinanderdriften der von den Notenbanken verfolgten Politik. Während die US-Notenbank seit neun Jahren zum ersten Mal wieder die Zinsen erhöht hat, reduzierte die Europäische Zentralbank den Minuszins für Bankeinlagen und kauft auch weiterhin Anleihen auf.

Die Weltbörsen wurden dominiert durch geopolitische Ereignisse in der Ukraine und Syrien sowie Terroranschläge in Frankreich. Auch die anhaltenden und schwierigen Gespräche der neuen griechischen Regierung mit der Eurogruppe irritierten die Märkte. Im Spätsommer sorgten die schwachen Konjunkturzahlen Chinas für einen Börsencrash an den dortigen Börsen und zu enormen Verunsicherungen an den globalen Aktienmärkten. Auch die Börsen der rohstoffexportierenden Länder sowie Energiewerte mussten im Jahresverlauf deutliche Kursverluste hinnehmen.

b) Strategie und Anlagestruktur

Die langfristige Anlagestrategie wird vom Verwaltungsrat aufgrund von Anlagezielen und unter Berücksichtigung der Risikofähigkeit der Kasse festgelegt. Die Anlagestrategie und deren Struktur präsentieren sich per 31. Dezember 2015 wie folgt:

Anlagekategorie	Zielwerte 2015	Anlagestruktur 31.12.2015	Anlagestruktur 31.12.2014	Benchmark
Liquidität	8,5%	5,1%	7,3%	Citigroup CHF 1 Month
Obligationen	25,0%	24,5%	25,9%	Swiss Bond Index AAA-AA
Hypotheken	5,5%	5,9%	5,4%	BKB variabler Hypothekarsatz, Swapsatz CHF 2Y
Darlehen	5,0%	6,5%	5,8%	Swiss Bond Index Domestic Government 1-10 Jahre
Aktien Inland	12,5%	13,0%	12,9%	Swiss Performance Index
Aktien Ausland	17,5%	18,2%	18,2%	MSCI All Countries World Index ex Switzerland
Immobilien Inland	20,0%	20,9%	18,5%	KGAST Immo-Index (Schweiz)
Immobilien Ausland	3,0%	3,3%	2,9%	KGAST Immo-Index (Ausland)
Rohstoffe	3,0%	2,6%	3,1%	Bloomberg Commodity Index Hedged in CHF
Total	100%	100%	100%	

Währungsanteile am Gesamtvermögen	31.12.2015	31.12.2014
Schweizer Franken	76,4%	72,7%
Fremdwährungen	23,6%	27,3%
– wovon Fremdwährungen mit Währungssicherung	3,9%	4,6%
– wovon Fremdwährungen ohne Währungssicherung	19,7%	22,7%

Die Anlagestrategie wird jährlich systematisch überprüft. Die PPCmetrics AG hat im Rahmen der Asset- und Liability-Studie die erwarteten Risiko- und Renditeberechnungen vorgenommen. Im Berichtsjahr wurden keine Anpassungen der Anlagestrategie vorgenommen.

c) Anlageergebnis/Performance

Die Performance ist direkt abhängig von der definierten Anlagestrategie. Das Jahr 2015 war mit einer Performance von 1,19% und einem annualisierten Risiko von 3,63%[1] ein unterdurchschnittliches Anlagejahr. Während das Jahr 2014 noch geprägt war von hohen Renditen bei den Obligationen und insbesondere bei den Aktien, warf im Jahr 2015 mit Ausnahme der Immobilienanlagen in der Schweiz sowie der Darlehen keine Anlagekategorie hohe Renditen ab. Entsprechend fielen die Anlageresultate im Vergleich zum Vorjahr deutlich schwächer aus.

Die nachstehende Tabelle zeigt die erreichte Performance im Geschäftsjahr 2015 im Vergleich zur Performance der festgelegten Benchmark je Anlagekategorie:

[1] Annualisierte Standardabweichung basierend auf 36 historischen Monatsrenditen

Anlagekategorie	Performance Portfolio	Performance Benchmark
Liquidität	–0,03%	–1,04%
Obligationen	1,09%	2,13%
Hypotheken	1,75%	–0,07%
Darlehen	2,96%	1,89%
Aktien Inland	3,11%	2,68%
Aktien Ausland	–0,65%	–1,73%
Immobilien Inland	5,08%	5,80%
Immobilien Ausland	–0,03%	5,80%
Rohstoffe	–17,40%	–26,25%
Gesamtportfolio	1,19%	1,35%

Im Vergleich zu den Vorjahren mit Jahresrenditen von 7,45% (2014) und 5,52% (2013) fiel die Jahresrendite 2015 mit 1,19% deutlich ab. Im Jahr 2015 konnten im ersten und vierten Quartal positive Renditen verbucht werden, während im zweiten und dritten Quartal negative Renditen verzeichnet wurden. Mit einem Nettoergebnis von 1,19% (nach Abzug aller Kosten) konnte die strategische Benchmark nicht erreicht werden. Im Vergleich zu anderen Pensionskassen hat die PKBS jedoch überdurchschnittlich gut abgeschnitten. Die UBS Pensionskassen-Performance, vormals UBS Pensionskassen-Barometer, weist für das Jahr 2015 eine durchschnittliche Performance von 0,80% aus. Dagegen verzeichnet der Credit Suisse Schweizer Pensionskassen Index (vor Abzug der Verwaltungskosten) eine durchschnittliche Performance von 0,95%. Es ist zu beachten, dass beide Indizes (UBS Pensionskassen-Performance und CS Schweizer PK Index) ein höheres Anlagerisiko (3,89% bzw. 4,07%) im Vergleich zur PKBS mit 3,63% aufweisen.

d) Vermögensverwaltung

Die PKBS investiert das ihr anvertraute Geld in verschiedene Anlagekategorien. Pro Anlagekategorie werden ein oder mehrere Vermögensverwalter eingesetzt. Damit wird das operative Risiko reduziert, indem die Vermögenswerte nicht nur einer Organisation überlassen werden.

In der Anlagekategorie Liquidität sind auch Vermögenswerte («Übrige Aktiven») enthalten, auf denen keine eigentliche Bewirtschaftung stattfinden kann. Die effektive Performance auf der anlagetechnischen Liquidität ist deshalb effektiv etwas höher als ausgewiesen. Die «Übrigen Aktiven» verwässern das Resultat minim.

Der Bereich Obligationen wird mittels eines Core-Satellite-Ansatzes umgesetzt. Das Core-Portfolio liegt nahe beim Swiss Bond Index. Die Entwicklung des Core-Portfolios war aufgrund der nach wie vor rückläufigen Zinsen erfreulich. Im Gegensatz zu den Obligationen in inflationsgeschützten Anleihen haben die Wandelobligationen einen positiven Beitrag geleistet. Die Inflation-Linked Bonds haben in der Berichtsperiode die Renditeerwartungen nicht erfüllt und entsprechend das positive Resultat leicht geschmälert. Die Fremdwährungsrisiken in diesen Anlagen werden üblicherweise systematisch abgesichert.

Die Bestände der Hypotheken konnten im Berichtsjahr leicht erhöht werden. Erstmals wurde auch in eine Kollektivanlage Hypothekenanlagen Schweiz investiert. Im Bereich der Eigenverwaltung ist der Anteil von Hypotheken an Destinatäre der PKBS von rund 83% stabil. Im Berichtsjahr wurden 180 Kreditgesuche bearbeitet und 88 Kreditanfragen bewilligt. Die Performance von 1,80% der eigenverwalteten Hypotheken ist erfreulich, widerspiegelt aber auch das tiefe Zinsumfeld.

Die Aktienanlagen werden ebenfalls mittels eines Core-Satellite-Ansatzes bewirtschaftet. Bei diesem Ansatz setzt sich der Kern des Portfolios aus Anlagen zusammen, die die gewählte Benchmark abbilden.

Im Bereich Aktien Inland wird der Swiss Performance Index mit rund 200 Firmen repliziert. Der Anteil am passiven Anlagestil lag im Berichtsjahr bei rund 90%. Insgesamt betrug die Performance der Anlagekategorie Aktien Inland 3,11%. Die PKBS hat an den Generalversammlungen ihre Stimm- und Wahlrechte wahrgenommen. Die Entscheidungsgrundsätze für die Ausübung

der Stimm- und Wahlrechte richten sich nach den Prinzipien für nachhaltige Entwicklung und nach den Best-Practice-Regeln im Bereich der Corporate Governance. Die Analysen der Traktanden und Stimmempfehlungen für die Generalversammlungen von Schweizer Unternehmen basieren im Wesentlichen auf Analysen von Ethos. Die PKBS übt alle Stimm- und Wahlrechte selber aus und beauftragt jeweils den unabhängigen Stimmenvertreter. Das Abstimmungsverhalten ist auf der Homepage der PKBS unter www.pkbs.ch/vermoegensanlagen/aktionaersrechte/abstimmungsverhalten/ im Detail dokumentiert.

Im Bereich Aktien Ausland beträgt der passive Anteil 100%. Die passiven Aktienmandate bilden das Anlageuniversum des MSCI All Countries World in den Bereichen gross-, mittel- und kleinkapitalisierte Unternehmen ab. Aufgrund der direkt gehaltenen Aktienbestände kann die PKBS insbesondere die Kostentransparenz erhöhen. Im Bereich Aktien Ausland werden die Fremdwährungsrisiken nicht systematisch abgesichert. Die Renditen von Aktien in Schwellenländern (–14,29%) haben gegenüber den Anlagerenditen in den entwickelten Ländern (0,38%) wie auch 2014 deutlich schwächer abgeschlossen. Auch die Aktienanlagen im KMU-Bereich haben mit –1,52% eine negative Rendite beigesteuert. Die Performance der gesamten ausländischen Aktienanlagen betrug im Berichtsjahr –0,65%. Aufgrund von aktiven Aktienkursabsicherungen konnte die Benchmark von –1,73% übertroffen werden.

Der Bereich Immobilien Inland besteht aus rund 63% Direktanlagen und 37% indirekten Anlagen. Der Ausbau und die Optimierung des Direktbestandes wurden weiter vorangetrieben. Im Berichtsjahr konnten weitere Bestandesobjekte akquiriert sowie einige wenige kleinere Objekte zur weiteren Optimierung des Bestandes veräussert werden. Bei den Projektentwicklungen konnte das Gewerbeprojekt in Kreuzlingen erfolgreich abgeschlossen werden. Die nachstehende Tabelle zeigt die wichtigsten Daten zur Portfolioanalyse bzw. zur strategischen Ausrichtung der Immobiliendirektanlagen:

Regionale Verteilung	**Istbestand 31.12.2010**	**Ziel bis 31.12.2016**	**Bandbreite**	**Istbestand 31.12.2015**
Nordschweiz	66%	50%	45% bis 60%	54,2%
Mittelland und Zentralschweiz	5%	10%	5% bis 20%	8,0%
Region Zürich und Ostschweiz	29%	35%	25% bis 40%	37,4%
Westschweiz	1%	5%	0% bis 10%	0,5%

Nutzungsart	**Istbestand 31.12.2010**	**Ziel bis 31.12.2016**	**Bandbreite**	**Istbestand 31.12.2015**
Wohnen	78%	70%	60% bis 80%	75,7%
Geschäft	22%	30%	20% bis 40%	23,8%
Entwicklungsprojekte	0%	<10%	0% bis 10%	0,6%

Eigentumsforum	Istbestand 31.12.2010	Ziel bis 31.12.2016	Bandbreite	Istbestand 31.12.2015
Alleineigentum	65%	85%	70% bis 90%	69,8%
Baurecht	19%	<20%	15% bis 25%	15,6%
Miteigentum	16%	<20%	0% bis 30%	14,6%

Objektgrösse	Istbestand 31.12.2010	Bandbreite	Istbestand 31.12.2015
< CHF 5 Mio.	9%	5% bis 10%	6,8%
< CHF 50 Mio.	74%	65% bis 85%	69,0%
≥ CHF 50 Mio.	17%	10% bis 35%	24,3%

Bei den Immobiliendirektanlagen betrug die Rendite 5,27% wobei 1,42 Prozentpunkte auf die Wertänderungsrendite entfallen. Die indirekten Anlagen wurden weiter ausgebaut und dadurch die geografische Diversifikation verbessert.

Im Bereich Immobilien Ausland wurden im vergangenen Jahr zusätzliche Investitionen getätigt. Per Ende 2015 waren 3,3% des Gesamtvermögens in indirekte und nicht kotierte ausländische Immobilienanlagen investiert. Die Fremdwährungsrisiken in diesen Anlagen werden weitgehend abgesichert.

Die Umsetzung der Rohstoffinvestitionen erfolgt mittels eines sogenannten Enhanced-Ansatzes. Dabei wird ein Teil der Anlagen in Anlehnung an den Bloomberg Commodity Index investiert, wobei grössere Abweichungen als bei einer rein passiven Indexnachbildung zulässig sind. Das Währungsrisiko gegenüber dem Schweizer Franken wird systematisch abgesichert. Darüber hinaus wird ein wesentlicher Anteil direkt in Gold investiert. Die Lagerung des physischen Goldbestandes erfolgt bei der Basler Kantonalbank.

6. Entschädigung einzelner Organe

Die Organe der Pensionskasse Basel-Stadt (PKBS) enthalten für ihre Tätigkeit eine Entschädigung durch die PKBS. Diese gestaltet sich wie folgt:

a) Entschädigung der Mitglieder des Verwaltungsrats

Die Entschädigungen der zwölf Mitglieder des Verwaltungsrats sowie der durch diese zusammengesetzten Ausschüsse richten sich nach der Regelung «Entschädigung von Verwaltungsrat und Kommissionen» (Stand 3. März 2010). Die Entschädigungen umfassen dabei folgende Elemente:

- Jahresentschädigung pauschal
- Sitzungsgeld
- Aus- und Weiterbildung
- Spesen (insb. Abgeltung der Reisekosten)

Das Präsidium sowie das Vizepräsidium des Verwaltungsrats werden mit einer zusätzlichen Jahresentschädigung abgegolten. Der Vorsitz in Ausschüssen wird nicht zusätzlich pauschal entschädigt.

Im Geschäftsjahr 2015 wurden dem Verwaltungsrat brutto total TCHF 228 (Vorjahr TCHF 304) an geldwerten Leistungen entrichtet.

b) Entschädigung der Mitglieder des Anlageausschusses

Die Entschädigungen der sechs Mitglieder des Anlageausschusses sowie der durch diese zusammengesetzten Ausschüsse richten sich nach der Regelung «Entschädigung von Verwaltungsrat und Kommissionen» (Stand 3. März 2010). Die Entschädigungen umfassen dabei folgende Elemente:

- Jahresentschädigung pauschal
- Sitzungsgeld
- Spesen (insb. Abgeltung der Reisekosten)

Das Präsidium sowie das Vizepräsidium werden mit einer zusätzlichen Jahresentschädigung abgegolten. Der Vorsitz in Ausschüssen wird nicht zusätzlich pauschal entschädigt.

Für das Geschäftsjahr 2015 wurden den Mitgliedern des Anlageausschusses brutto total TCHF 217 (Vorjahr TCHF 214) an geldwerten Leistungen entrichtet.

c) Entschädigung der Mitglieder der Geschäftsleitung

Die Geschäftsleitung der PKBS besteht aus vier Mitgliedern. Ihre Entlöhnung richtet sich nach dem Personalreglement der PKBS und erfolgt auf Jahreslohnbasis gemäss den Lohntabellen des Kantons Basel-Stadt. Boni werden keine entrichtet.

Die Lohnzahlungen ohne Sozialversicherungsbeiträge des Arbeitgebers an die Geschäftsleitungsmitglieder der PKBS umfassten im Geschäftsjahr 2015 brutto total TCHF 754 (Vorjahr TCHF 748).

Teil II: Jahresrechnung

1. Bilanz per 31. Dezember 2015 (in CHF)

Aktiven	31.12.2015	31.12.2014	Abweichung CHF	Abweichung %
Vermögensanlagen				
Flüssige Mittel und Geldmarktanlagen	645 473 772	804 761 903	–159 288 131	–19,8%
Forderungen	52 280 772	58 354 544	–6 073 772	–10,4%
Forderungen gegenüber Arbeitgebern	13 904 176	25 559 359	–11 655 183	–45,6%
Obligationen	2 715 327 173	2 871 815 276	–156 488 103	–5,4%
Darlehen	685 500 000	615 250 000	70 250 000	11,4%
Aktien und ähnliche Wertpapiere	3 396 512 916	3 455 401 212	–58 888 296	–1,7%
Hypotheken	650 887 124	597 417 271	53 469 853	9,0%
Immobilien	2 671 417 152	2 388 735 607	282 681 545	11,8%
Rohstoffe	287 486 125	349 509 842	–62 023 717	–17,7%
Total Vermögensanlagen	**11 118 789 210**	**11 166 805 014**	**–48 015 804**	**–0,4%**
Aktive Rechnungsabgrenzungen	**32 898 518**	**37 628 564**	**–4 730 046**	**–12,6%**
Total Aktiven	**11 151 687 728**	**11 204 433 578**	**–52 745 850**	**–0,5%**

Passiven	31.12.2015	31.12.2014	Abweichung CHF	Abweichung %
Verbindlichkeiten				
Freizügigkeitsleistungen und Renten	43 972 904	24 542 218	19 430 686	79,2%
Andere Verbindlichkeiten	601 356	1 223 451	–622 095	–50,8%
Total Verbindlichkeiten	**44 574 260**	**25 765 669**	**18 808 591**	**73,0%**
Passive Rechnungsabgrenzungen	**27 482 220**	**24 868 414**	**2 613 806**	**10,5%**
Arbeitgeberbeitragsreserven				
Arbeitgeberbeitragsreserven ohne Verwendungsverzicht	30 175 438	24 859 914	5 315 524	21,4%
Arbeitgeberbeitragsreserven mit Verwendungsverzicht	10 253 500	8 653 500	1 600 000	18,5%
Total Arbeitgeberbeitragsreserven	**40 428 938**	**33 513 414**	**6 915 524**	**20,6%**

Passiven (Fortsetzung)	31.12.2015	31.12.2014	Abweichung CHF	Abweichung %
Vorsorgekapitalien und technische Rückstellungen				
Vorsorgekapital aktive Versicherte	4 373 140 855	4 458 291 771	–85 150 916	–1,9%
Vorsorgekapital Rentenbeziehende	6 328 367 293	6 068 794 625	259 572 668	4,3%
Technische Rückstellungen	242 984 194	187 102 471	55 881 723	29,9%
Total Vorsorgekapitalien und technische Rückstellungen	**10 944 492 342**	**10 714 188 867**	**230 303 475**	**2,1%**
Wertschwankungsreserven				
Wertschwankungsreserve Staat	0	127 241 357	–127 241 357	–100,0%
Wertschwankungsreserven angeschlossene Arbeitgeber	212 252 381	314 572 500	–102 320 119	–32,5%
Total Wertschwankungsreserven	**212 252 381**	**441 813 857**	**–229 561 476**	**–52,0%**
Freie Mittel / Unterdeckung				
Staat				
Stand 1. Januar 2014		–61 616 047		
Zugänge (+) / Abgänge (–)		–590 687		
Ertragsüberschuss 2014		62 206 734		
Stand 31. Dezember 2014	0	0		
Zugänge (+)/Abgänge (–)	0			
Aufwandüberschuss 2015	–70 512 284			
Stand 31. Dezember 2015	**–70 512 284**			
Angeschlossene Arbeitgeber				
Stand 1. Januar 2014		–54 382 961		
Zugänge (+)/Abgänge (–)		204 862		
Ertragsüberschuss 2014		18 461 456		
Stand 31. Dezember 2014	–35 716 643	–35 716 643		
Zugänge (+) / Abgänge (–)	455 394			
Aufwandüberschuss 2015	–11 768 880			
Stand 31. Dezember 2015	**–47 030 129**			
Total Freie Mittel / Unterdeckung	**–117 542 413**	**–35 716 643**	**–81 825 770**	**229,1%**
Total Passiven	**11 151 687 728**	**11 204 433 578**	**–52 745 850**	**–0,5%**

2. Betriebsrechnung 1. Januar 2015 bis 31. Dezember 2015 (in CHF)

		2015	2014	Abweichung CHF	Abweichung %
A	**Ordentliche und übrige Beiträge und Einlagen**				
	Beiträge Arbeitnehmer	128 847 177	125 869 526	2 977 651	2,4%
	Beiträge Arbeitgeber	235 763 273	230 043 837	5 719 436	2,5%
	Nachzahlungen Arbeitnehmer	11 390 270	7 909 899	3 480 371	44,0%
	Nachzahlungen Arbeitgeber	4 513 906	3 095 216	1 418 690	45,8%
	Einmaleinlagen und Einkaufssummen	28 093 822	19 314 756	8 779 066	45,5%
	Sanierungsbeiträge und -einlagen	194 403	1 788 279	–1 593 876	–89,1%
	Einlagen in die AG-Beitragsreserven	6 953 099	1 493 690	5 459 409	365,5%
	Entnahmen aus AG-Beitragsreserven zur Beitragsfinanzierung	–357 430	–238 106	–119 324	50,1%
	Zuschüsse Sicherheitsfonds	18 401	18 132	269	1,5%
	Total ordentliche und übrige Beiträge und Einlagen	**415 416 921**	**389 295 229**	**26 121 692**	**6,7%**
B	**Eintrittsleistungen**				
	Freizügigkeitsleistungen	132 846 397	121 708 299	11 138 098	9,2%
	Einzahlungen WEF-Vorbezüge/Scheidung	3 276 749	3 613 368	–336 619	–9,3%
	Übertragung bei kollektivem Eintritt	0	1 026 819	–1 026 819	–100,0%
	Total Eintrittsleistungen	**136 123 146**	**126 348 486**	**9 774 660**	**7,7%**
C	**Zufluss aus Beiträgen und Eintrittsleistungen (A+B)**	**551 540 067**	**515 643 715**	**35 896 352**	**7,0%**
D	**Reglementarische Leistungen**				
	Altersrenten	–419 753 592	–412 305 557	–7 448 035	1,8%
	Hinterlassenenrenten	–76 728 696	–76 750 613	21 917	0,0%
	Invalidenrenten	–51 164 222	–50 796 184	–368 038	0,7%
	Übrige reglementarische Leistungen	–59 593	–615 253	555 660	–90,3%
	Kapitalleistungen bei Pensionierung	–32 079 406	–31 717 450	–361 956	1,1%
	Kapitalleistungen bei Tod und Invalidität	–2 239 968	–2 010 828	–229 140	11,4%
	Total Reglementarische Leistungen	**–582 025 477**	**–574 195 885**	**–7 829 592**	**1,4%**

(Fortsetzung)	2015	2014	Abweichung CHF	Abweichung %
E Austrittsleistungen				
Freizügigkeitsleistungen bei Austritt	–146 226 043	–121 847 043	–24 379 000	20,0%
Übertragung von zusätzl. Mitteln bei kollektivem Austritt	–1 791 774	–1 026 819	–764 955	74,5%
Vorbezüge WEF/Scheidung	–12 441 157	–13 760 030	1 318 873	–9,6%
Total Austrittsleistungen	**–160 458 974**	**–136 633 892**	**–23 825 082**	**17,4%**
F Abfluss für Leistungen und Vorbezüge (D+E)	**–742 484 451**	**–710 829 777**	**–31 654 674**	**4,5%**
G Veränderung Vorsorgekapitalien, technische Rückstellungen und Beitragsreserven				
Veränderung Vorsorgekapital aktive Versicherte	91 431 879	–42 776 973	134 208 852	–313,7%
Veränderung Vorsorgekapital Rentenbeziehende	–258 807 566	–68 098 122	–190 709 444	280,1%
Veränderung technische Rückstellungen	–55 916 347	–54 564 101	–1 352 246	2,5%
Verzinsung des Sparkapitals	–6 280 963	–6 579 505	298 542	–4,5%
Veränderung von Beitragsreserven	–6 609 346	–758 809	–5 850 537	771,0%
Total Veränderung Vorsorgekapitalien, technische Rückstellungen und Beitragsreserven	**–236 182 343**	**–172 777 510**	**–63 404 833**	**36,7%**
H Versicherungsaufwand				
Beiträge an Sicherheitsfonds	–1 106 420	–1 037 057	–69 363	6,7%
Total Versicherungsaufwand	**–1 106 420**	**–1 037 057**	**–69 363**	**6,7%**
I Netto–Ergebnis aus dem Versicherungsteil (C+F+G+H)	**–428 233 147**	**–369 000 629**	**–59 232 518**	**16,1%**
J Netto–Ergebnis aus Vermögensanlage				
Nettoertrag aus:				
– Flüssigen Mitteln und Geldmarktanlagen	25 650	9 674 949	–9 649 299	–99,7%
– Forderungen	1 519 460	1 763 056	–243 596	–13,8%
– Forderungen gegenüber Arbeitgebern	8 588	32 242	–23 654	–73,4%
– Obligationen	34 114 145	184 626 838	–150 512 693	–81,5%
– Darlehen	9 033 498	9 166 414	–132 916	–1,5%
– Aktien und ähnlichen Wertpapieren	25 915 955	466 674 932	–440 758 977	–94,4%
– Hypotheken	10 787 652	11 518 783	–731 131	–6,3%
– Immobilien	123 780 261	138 154 477	–14 374 216	–10,4%
– Rohstoffen	–59 714 000	–35 877 954	–23 836 046	66,4%

	(Fortsetzung)	2015	2014	Abweichung CHF	Abweichung %
	Zinsaufwand auf Arbeitgeberbeitragsreserven	–306 387	–930 938	624 551	–67,1%
	Kosten der Vermögensverwaltung	–22 148 661	–19 465 796	–2 682 865	13,8%
	Total Netto-Ergebnis aus Vermögensanlage	**123 016 161**	**765 337 003**	**–642 320 842**	**–83,9%**
K	**Sonstiger Ertrag**				
	Ertrag aus erbrachten Dienstleistungen	139 483	161 057	–21 574	–13,4%
	Übrige Erträge	3 402	5 243	–1 841	–35,1%
	Total Sonstiger Ertrag	**142 885**	**166 300**	**–23 415**	**–14,1%**
L	**Sonstiger Aufwand**	**0**	**–2 377**	**2 377**	**–100,0%**
M	**Verwaltungsaufwand**				
	Allgemeine Verwaltung	–6 546 379	–5 839 346	–707 033	12,1%
	Revisionsstelle und Experte für berufliche Vorsorge	–200 412	–207 710	7 298	–3,5%
	Aufsichtsbehörden	–21 748	–82 372	60 624	–73,6%
	Total Verwaltungsaufwand	**–6 768 539**	**–6 129 428**	**–639 111**	**10,4%**
N	**Ertrags- / Aufwandüberschuss vor Bildung / Auflösung Wertschwankungsreserven (I+J+K+L+M)**	**–311 842 640**	**390 370 869**	**–702 213 509**	**–179,9%**
O	**Veränderung Wertschwankungsreserven**	**229 561 476**	**–309 702 679**	**539 264 155**	**–174,1%**
P	**Ertrags- / Aufwandüberschuss (N+O)**	**–82 281 164**	**80 668 190**	**–162 949 354**	**–202,0%**
	davon				
	Anteil Staat	–70 512 284	62 206 734		
	Anteil angeschlossene Arbeitgeber (inkl. Sanierungsbeiträge und -einlagen)	–11 768 880	18 461 456		

3. Anhang

1. Grundlagen und Organisation

1.1 Rechtsform und Zweck

Die Pensionskasse Basel-Stadt ist eine öffentlich-rechtliche Vorsorgeeinrichtung mit eigener Rechtspersönlichkeit. Sie bezweckt die berufliche Vorsorge für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Staates (Kanton Basel-Stadt) und der angeschlossenen Arbeitgeber und schützt die Versicherten und deren Angehörige gegen die wirtschaftlichen Folgen von Alter, Tod und Invalidität. Die Pensionskasse Basel-Stadt garantiert in jedem Fall die Mindestleistungen gemäss BVG.

1.2 Registrierung BVG und Sicherheitsfonds

Die Pensionskasse Basel-Stadt ist im Register für die berufliche Vorsorge des Kantons Basel-Stadt unter der Nummer BS 135 eingetragen und dem Sicherheitsfonds BVG angeschlossen.
Die Pensionskasse Basel-Stadt ist Mitglied des Schweizerischen Pensionskassenverbands und verpflichtet sich somit den Verhaltenskodex «ASIP-Charta» einzuhalten.

1.3 Rechtsgrundlagen

Die Rechtsgrundlagen der Pensionskasse Basel-Stadt umfassen:

- Gesetz betreffend die Pensionskasse Basel-Stadt (Pensionskassengesetz; PKG) vom 28. Juni 2007 (Stand: 1. Januar 2012)
- Gesetz betreffend die Pensionskasse Basel Stadt vom 4. Juni 2014: Teilinkrafttreten der organisatorischen Bestimmungen in §§ 9-13
- Vorsorgereglement vom 24. August 2007 (Stand: 1. Januar 2014)
- Reglement über das Anschlussverhältnis mit den angeschlossenen Arbeitgebern (Anschlussreglement) vom 13. November 2014 (gültig ab 1. Januar 2015)
- Reglement über den BVG-Plan vom 27. November 2008 (Stand: 1. Januar 2013), gültig bis 31. Dezember 2015
- Reglement über die Kombiprimatpläne C und D vom 24. November 2010 (Stand: 23. Mai 2012), gültig bis 31. Dezember 2015
- Reglement über die berufliche Vorsorge für die unbefristet angestellten Mitarbeitenden der Universität Basel vom 23. Februar 2011 (Stand: 1. Januar 2014), gültig bis 31. Dezember 2015
- Reglement für die BVG- und Stiftungsaufsicht beider Basel (BSABB) vom 23. November 2011 (Stand 23. Mai 2012), gültig bis 31. Dezember 2015
- Reglement für die Musik-Akademie Basel vom 23. November 2011 (Stand 23. Mai 2012), gültig bis 31. Dezember 2015
- Teilliquidationsreglement vom 11. April 2008 (Stand: 25. Mai 2011), gültig bis 31. Dezember 2015
- Anlagereglement vom 27. November 2013 (Stand: 26. November 2014)
- Organisationsreglement vom 19. Juni 2014 (gültig ab 25. Juli 2014)
- Personalreglement vom 20. Oktober 2005 (Stand: 28. Februar 2008)
- Reglement betreffend Vorsorgekapitalien, technische Rückstellungen und Schwankungsreserven vom 24. August 2006 (Stand: 23. Februar 2011)
- Reglement über die Wahl der Verwaltungsratsmitglieder vom 9. März 2009 (Stand: 7. März 2012)
- Reglement zur Governance vom 4. März 2015 (gültig ab 1. Januar 2015)

1.4 Oberstes Organ, Geschäftsführung und Zeichnungsberechtigung

Gemäss § 9 des Pensionskassengesetzes sind die Führungsorgane der PKBS der Verwaltungsrat und die Geschäftsleitung. Weitere Organe sind die Vorsorgekommissionen sowie die Kontrollorgane (Revisionsstelle, die Expertin bzw. der Experte für berufliche Vorsorge).

Verwaltungsrat

Der Verwaltungsrat besteht aus zwölf Mitgliedern, welche jeweils für eine Dauer von vier Jahren gewählt werden. Er besteht aus sechs Mitgliedern der Arbeitnehmerschaft, davon vier vonseiten der Staatsangestellten und

zwei vonseiten der Angestellten der angeschlossenen Arbeitgeber sowie sechs Mitgliedern von Arbeitgeberseite, wovon vier vom Regierungsrat und zwei von den angeschlossenen Arbeitgebern gewählt werden. Mit Inkrafttreten von §§ 9-13 des Pensionskassengesetzes vom 4. Juni 2014 werden neu die Arbeitgebervertreter durch den Regierungsrat gewählt.
Die laufende Amtsperiode dauert vom 1. Juni 2013 bis 31. Mai 2017. Das Präsidium besteht aus zwei Mitgliedern, wobei die Arbeitgebervertretenden und die Arbeitnehmervertretenden je ein Mitglied bezeichnen. Diese führen abwechselnd den Vorsitz für jeweils eine halbe Amtsperiode. Die Mitglieder des Präsidiums zeichnen kollektiv zu zweien oder mit einem Mitglied der Geschäftsleitung.

Arbeitgebervertretende, vom Regierungsrat gewählt:

- **Peter Erismann, lic.rer.pol., Arbeitgebervertreter Wahlkreis Staat**
  Peter Erismann ist Mitglied des Verwaltungsrates seit 2009. Er ist zusätzlich Mitglied des Prüfungsausschusses der PKBS. Beruflich ist er Personalleiter und stellvertretender Generalsekretär im Bau- und Verkehrsdepartement des Kantons Basel-Stadt.
- **Eva Herzog, Dr. phil., Arbeitgebervertreterin Wahlkreis Staat**
  Eva Herzog war Mitglied der Verwaltungskommission der PKBS und ist seit 2005 Mitglied des Verwaltungsrates. Eva Herzog ist Regierungsrätin und Vorsteherin des Finanzdepartements des Kantons Basel-Stadt.
- **Andi Hoppler, lic.iur., Arbeitgebervertreter Wahlkreis Staat**
  Andi Hoppler ist Mitglied des Verwaltungsrates seit 2007. Beruflich ist er Rechtsanwalt und führt eine eigene Anwaltskanzlei. Andi Hoppler ist zusätzlich bei einer anderen bedeutenden schweizerischen Pensionskasse einerseits im Stiftungsrat sowie andererseits als Präsident der Anlagekommission tätig.
- **Antonina Stoll, lic.iur., Vizepräsidentin, Arbeitgebervertreterin Wahlkreis Staat**
  Antonina Stoll ist Mitglied des Verwaltungsrates seit 2009, war vom 1. Juni 2013 bis zum 31. Mai 2015 Präsidentin und ist seit dem 1. Juni 2015 Vizepräsidentin. Sie ist zusätzlich Mitglied des Ausschusses für Personalfragen der PKBS. Beruflich war Antonina Stoll bis zum 31. März 2015 Mitglied der Geschäftsleitung des Amtes für Wirtschaft und Arbeit und ist seither Rentnerin. Sie ist weiterhin Mitglied der Personalrekurskommission des Kantons Basel-Stadt.
- **Mario Da Rugna, lic. iur., Arbeitgebervertreter Wahlkreis angeschlossene Arbeitgeber**
  Mario Da Rugna ist Mitglied seit 2007. Bis zum 31. Mai 2011 war er Präsident des Verwaltungsrates und bis zum 31. Mai 2013 Vizepräsident. Er ist zusätzlich Vorsitzender des Ausschusses für Personalfragen der PKBS. Mario Da Rugna leitet den Bereich Personal & Betrieb des Universitätsspitals Basel und ist Mitglied der Spitalleitung.
- **Benedikt Jungo, Arbeitgebervertreter Wahlkreis angeschlossene Arbeitgeber**
  Benedikt Jungo war langjähriges Mitglied der Verwaltungskommission der PKBS. Von 2005 bis zum 30. Juni 2015 war er Mitglied des Verwaltungsrates. Er war zusätzlich Mitglied und Präsident des Prüfungsausschusses der PKBS.
- **Christoph Tschumi, Arbeitgebervertreter Wahlkreis angeschlossene Arbeitgeber**
  Christoph Tschumi war vom 1. Juni 2005 bis zum 31. Mai 2009 Mitglied des Verwaltungsrates und Vorsitzender des Prüfungsausschusses (Arbeitgebervertreter Wahlkreises Staat). Der Regierungsrat hat Christoph Tschumi am 26. Mai 2015 als Nachfolger von Benedikt Jungo ab dem 1. Juli 2015 gewählt. Er ist zusätzlich Vorsitzender des Prüfungsausschusses der PKBS. Beruflich ist Christoph Tschumi Verwaltungsdirektor der Universität Basel und dabei auch Co-Präsident der Vorsorgekommission der Universität Basel.

Arbeitnehmervertretende, von den Staatsangestellten gewählt:

- **Beat Siegenthaler, Arbeitnehmervertreter Wahlkreis Staat**
  Beat Siegenthaler war langjähriges Mitglied der Verwaltungskommission der PKBS. Seit 2005 ist er Mitglied des Verwaltungsrates. Vom 1. Juni 2009 bis zum 31. Mai 2011 war er Vizepräsident und vom 1. Juni 2011 bis zum 30. April 2012 Präsident des Verwaltungsrates. Beruflich ist er Lehrer.
- **Christoph Tschan, lic. rer. pol., Präsident, Arbeitnehmervertreter Wahlkreis Staat**
  Christoph Tschan war langjähriges Mitglied der Verwaltungskommission der PKBS. Seit 2005 ist er Mitglied, vom 1. Mai 2012 bis zum 31. Mai 2013 war er Präsident, vom 1. Juni 2013 bis zum 31. Mai 2015 Vizepräsident und seit 1. Juni 2015 ist er Präsident des Verwaltungsrates. Er ist zusätzlich Mitglied des Prüfungsausschusses der PKBS. Beruflich ist Christoph Tschan als Lehrperson am Wirtschaftsgymnasium Basel tätig und Mitglied der Geschäftsleitung der Freiwilligen Schulsynode Basel-Stadt (FSS), dem Berufsverband der Lehrerinnen und Lehrer im Kanton Basel-Stadt. Ausserdem ist er Präsident der Kassenkommission der Unfallversicherungskasse des Basler Staatspersonals.
- **Dora Weissberg, lic. iur., Arbeitnehmervertreterin Wahlkreis Staat**
  Dora Weissberg ist Mitglied des Verwaltungsrates seit 2009. Sie ist zusätzlich Mitglied des Ausschusses für Personalfragen der PKBS. Beruflich war Dora Weissberg seit dem 9. August 1999 als leitende Staatsanwältin bei der Staatsanwaltschaft des Kantons Basel-Stadt tätig. Am 1. Juni 2015 ging sie vorzeitig in Pension. Seit dem 1. Juli 2015 ist sie Gemeinderätin in Therwil.
- **Daniel Wittlin, Arbeitnehmervertreter Wahlkreis Staat**
  Daniel Wittlin ist Mitglied des Verwaltungsrates seit 2009. Beruflich ist Daniel Wittlin Kriminalkommissär für Wirtschaftsdelikte bei der Staatsanwaltschaft des Kantons Basel-Stadt.

Arbeitnehmervertreter, von den angeschlossenen Arbeitgebern gewählt:

- **Franco Nebel, Arbeitnehmervertreter Wahlkreis angeschlossene Arbeitgeber**
  Franco Nebel war langjähriges Mitglied der Verwaltungskommission der PKBS. Seit 2009 ist er Mitglied des Verwaltungsrates. Er ist zusätzlich Mitglied des Ausschusses für Personalfragen der PKBS. Beruflich war er bis 30. April 2012 als polyvalenter Fahrdienstangestellter bei den BVB (Basler Verkehrs-Betriebe) tätig und ist seither Rentner. Ferner ist er Stiftungskassier und in der GL beim PSVB (Personalverband städtische Verkehrsbetriebe Basel).
- **Rudolf Rechsteiner, Dr.rer.pol., Arbeitnehmervertreter Wahlkreis angeschlossene Arbeitgeber**
  Rudolf Rechsteiner ist Mitglied des Verwaltungsrates seit 2009. Er ist zusätzlich Mitglied des Prüfungsausschusses der PKBS. Rudolf Rechsteiner ist ehemaliger und langjähriger Nationalrat und ist heute selbstständiger Berater im Bereich Energie, Umwelt und Sozialpolitik. Ausserdem ist er Verwaltungsrat der Industriellen Werke Basel.

Vorsorgekommissionen

Jedes Vorsorgewerk muss über eine aus Vertreterinnen und Vertretern der Arbeitnehmenden sowie aus Vertreterinnen und Vertretern des Arbeitgebenden paritätisch zusammengesetzte Vorsorgekommission verfügen. Die einzelne Vorsorgekommission besteht aus mindestens zwei und maximal acht Mitgliedern. Sie nehmen die ihnen aus Gesetz, Reglement und Anschlussvertrag zugewiesenen Rechte wahr. Wenn für ein Vorsorgewerk keine Vorsorgekommission bestellt ist oder werden kann, übernimmt der Verwaltungsrat die Aufgaben der Vorsorgekommission. Einzelheiten über die Zusammensetzung und Wahl der Vorsorgekommission können dem Organisationsreglement entnommen werden.

Geschäftsleitung

Die Geschäftsleitung führt die laufenden Geschäfte der PKBS nach Massgabe der gesetzlichen Bestimmungen und der Weisungen des Verwaltungsrates und setzt sich personell wie folgt zusammen:

- Susanne Jeger, Fürsprech und Notarin, Vorsitzende der Geschäftsleitung (bisher Direktorin)
- Roger Zeugin, lic. rer. pol., eidg. dipl. Wirtschaftsprüfer und eidg. dipl. Pensionskassenleiter, stellvertretender Vorsitzender der Geschäftsleitung (bisher stv. Direktor) und Leiter Finanzen & Services
- Kristina Hartmann, lic. iur., Sozialversicherungsfachfrau mit eidg. Fachausweis, Leiterin Vorsorge
- Max-Eric Laubscher, dipl. Betriebsökonom FH, eidg. dipl. Finanzanalytiker und Vermögensverwalter (CIIA), Leiter Vermögensanlagen

Die Geschäftsleitung vertritt die Kasse nach aussen, wird geleitet von der Vorsitzenden der Geschäftsleitung und wird bei der Erfüllung ihrer Aufgaben unterstützt durch die weiteren Mitarbeitenden. Alle Mitarbeitenden der Geschäftsstelle zeichnen kollektiv zu zweien (für verpflichtende Schriftstücke).

1.5 Experte, Revisionsstelle, Berater, Aufsichtsbehörde

Expertin für berufliche Vorsorge

Prevanto AG (vormals Swisscanto Vorsorge AG)
Picassoplatz 8, 4052 Basel

Revisionsstelle

PricewaterhouseCoopers AG
St. Jakobs-Strasse 25, 4052 Basel

Aufsichtsbehörde

BVG- und Stiftungsaufsicht beider Basel (BSABB)
Eisengasse 8, 4051 Basel

1.6 Angeschlossene Arbeitgeber

Das laufende Geschäftsjahr verzeichnete eine Abnahme von drei Anschlüssen. Das Vorsorgewerk Interkantonale Strafanstalt Bostadel wurde in das Vorsorgewerk Staat, das Vorsorgewerke Augenspital in Basel in das Vorsorgewerk Universitätsspital Basel, jeweils per 1. Januar 2015 vollständig integriert und das Vorsorgewerk Sozialpädagogische Wohngruppen Karpfenweg wurde infolge Übertragung der Rentenbeziehenden in eine andere Vorsorgeeinrichtung liquidiert.

I. Offene Bestände[1]	31.12.2015			31.12.2014		
	Aktive Versicherte	Rentenbeziehende	Total	Aktive Versicherte	Rentenbeziehende	Total
Ausgleichskasse Basel-Stadt	73	20	93	76	18	94
Basler Verkehrs-Betriebe BVB	1 214	270	1 484	1 161	235	1 396
BSABB BVG- und Stiftungsaufsicht beider Basel	17	1	18	16	1	17
Bureau IBA Basel 2020	11	0	11	8	0	8
Felix-Platter-Spital	633	593	1 226	675	583	1 258
Gebäudeversicherung des Kantons Basel-Stadt	19	21	40	19	22	41
Gehörlosen-Fürsorgeverein der Region Basel	3	4	7	3	4	7
Gemeinde Bettingen	14	7	21	14	7	21
Gemeinde Riehen	527	251	778	485	243	728
Genossenschaft Studentenheim Basel	1	1	2	1	1	2
Handelsschule KV Basel	117	71	188	118	75	193

[1] Angeschlossene Arbeitgeber mit Anschlussvertrag; Neueintritte möglich

I. Offene Bestände[1] (Fortsetzung)	31.12.2015 Aktive Versicherte	Renten-beziehende	Total	31.12.2014 Aktive Versicherte	Renten-beziehende	Total
IWB Industrielle Werke Basel	831	132	963	812	107	919
Interkantonale Strafanstalt Bostadel[5]	0	0	0	77	62	139
IV-Stelle Basel-Stadt	115	17	132	110	18	128
Landpfrundhaus Riehen/Bettingen	2	3	5	3	4	7
Musik-Akademie der Stadt Basel	248	191	439	313	188	501
Pensionskasse Basel-Stadt	37	11	48	38	8	46
ProRheno AG	42	29	71	41	26	67
REGIO BASILIENSIS	2	2	4	2	2	4
RHI Regionales Heilmittelinspektorat der Nordwestschweiz	6	3	9	6	3	9
SIK Schweizerische Informatikkonferenz	4	1	5	4	1	5
Stiftung Blutspendezentrum SRK beider Basel	74	18	92	69	18	87
Stiftung Volkshochschule und Senioren Universität beider Basel	31	14	45	32	14	46
TSM Schulzentrum für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen	87	46	133	90	43	133
Universitäre Psychiatrische Kliniken	925	461	1 386	890	448	1 338
Universität Basel	1 421	605	2 026	1 365	579	1 944
Universitätsspital Basel	4 937	2 319	7 256	4 879	2 211	7 090
Verein «Gsünder Basel»	7	0	7	7	0	7
Verein Gegenseitige Hilfe Riehen-Bettingen	3	3	6	3	3	6
Verein JUFA	76	22	98	64	18	82
Wildt´sches Haus am Petersplatz	1	0	1	1	0	1
Subtotal	**11 478**	**5 116**	**16 594**	**11 382**	**4 942**	**16 324**

II. Geschlossene Bestände[2]	31.12.2015 Aktive Versicherte	Renten-beziehende	Total	31.12.2014 Aktive Versicherte	Renten-beziehende	Total
abilia	0	6	6	0	6	6
Allg. Krankenpflege[3]	0	1	1	0	1	1
Augenspital in Basel[4]	0	0	0	0	35	35
AWZ[3]	0	1	1	0	1	1
Bardusch AG	0	46	46	0	47	47

[1] Angeschlossene Arbeitgeber mit Anschlussvertrag; Neueintritte möglich.
[2] Angeschlossene Arbeitgeber mit Anschlussvertrag; keine Neueintritte möglich.
[3] Angeschlossene Arbeitgeber ohne Anschlussvertrag; keine Neueintritte möglich
[4] Das Vorsorgewerk wurde per 1.1.2015 in das Vorsorgewerk Universitätsspital Basel integriert.
[5] Das Vorsorgewerk wurde per 1.1.2015 in das Vorsorgewerk Staat integriert.

II. Geschlossene Bestände[2] (Fortsetzung)	31.12.2015 Aktive Versicherte	31.12.2015 Renten-beziehende	31.12.2015 Total	31.12.2014 Aktive Versicherte	31.12.2014 Renten-beziehende	31.12.2014 Total
Basler Kunstverein	0	2	2	0	2	2
BLT Baselland Transport AG	0	5	5	0	8	8
BTG-Bürgschaftsgenossenschaft beider Basel	0	2	2	0	2	2
Bürgergemeinde der Stadt Basel – Bürgerliches Waisenhaus	1	21	22	1	21	22
Bürgergemeinde der Stadt Basel – Bürgerspital Basel	0	214	214	1	217	218
Bürgergemeinde der Stadt Basel – Kanzlei des Bürgerrates	0	6	6	0	6	6
Christoph Merian Stiftung	0	5	5	0	5	5
Dietisberg Wohn- und Werkheim AG	0	1	1	0	1	1
Erlen-Verein Basel	0	4	4	0	4	4
familea - Für Frauen, Kinder und Familien. Seit 1901.	0	12	12	0	16	16
Familien-, Paar- und Erziehungsberatung Basel	0	5	5	0	5	5
Fachhochschule Nordwestschweiz (Teil FHBB)	0	22	22	0	22	22
Fachhochschule Nordwestschweiz (Teil Hochschule für Musik in Basel)	0	26	26	0	26	26
Fachhochschule Nordwestschweiz (Teil hpsabb)	0	27	27	0	28	28
Flughafen Basel-Mulhouse[3]	0	2	2	0	2	2
Forstbetrieb der Bürgergemeinde	0	4	4	1	4	5
Kaminfegermeisterverband Basel-Stadt[3]	0	1	1	0	1	1
Kraftwerk Augst AG	0	13	13	0	13	13
Lungenliga beider Basel	0	9	9	0	11	11
Merian Iselin Spital	0	35	35	0	35	35
Motorfahrzeug-Prüfstation beider Basel	0	4	4	0	4	4
Pestalozzi-Gesellschaft Basel[3]	0	2	2	0	3	3
Rehab Basel AG	0	2	2	0	2	2
SEHBEHINDERTENHILFE Basel	0	3	3	0	3	3
Sozialpädagogische Wohngruppen Karpfenweg	0	0	0	0	7	7
Spitex Basel. Stiftung für Hilfe und Pflege zu Hause	0	14	14	0	14	14
SPITEX Riehen-Bettingen	5	5	10	5	5	10
Sportmuseum Schweiz	0	1	1	0	1	1

[2] Angeschlossene Arbeitgeber mit Anschlussvertrag; keine Neueintritte möglich.
[3] Angeschlossene Arbeitgeber ohne Anschlussvertrag; keine Neueintritte möglich

II. Geschlossene Bestände[2] (Fortsetzung)	31.12.2015 Aktive Versicherte	Renten-beziehende	Total	31.12.2014 Aktive Versicherte	Renten-beziehende	Total
Stiftung AHBasel	0	13	13	0	13	13
Stiftung Basler Studienheim	0	1	1	0	1	1
Stiftung Sinfonieorchester Basel	0	138	138	0	143	143
Stiftung Sympany	0	10	10	0	10	10
Theater Basel	0	123	123	0	132	132
Universitäts-Kinderspital beider Basel (UKBB)	0	32	32	0	33	33
Verein für Säuglingsfürsorge Basel-Stadt[3]	0	1	1	0	2	2
Zoologischer Garten Basel AG	0	8	8	0	8	8
Subtotal	**6**	**827**	**833**	**8**	**900**	**908**
Gesamttotal	**11 484**	**5 943**	**17 427**	**11 390**	**5 842**	**17 232**

2. Aktive Versicherte und Rentenbeziehende

2.1 Aktive Versicherte

2.1.1 Bestandesbewegungen

	Frauen Anzahl	in %	Männer Anzahl	in %	Total 2015	2014
Stand am 1.1.	**12 000**	**55,0%**	**9 803**	**45,0%**	**21 803**	**21 394**
Zugänge (Eintritte)	1 637	61,3%	1 034	38,7%	2 671	2 606
Abgänge						
Austritte[1]	-1 138		-547		-1 685	- 1590
Pensionierungen	-302		-339		-641	-570
Todesfälle	-4		-12		-16	-20
Invalidisierungen	-10		-10		-20	-17
Total Abgänge	**-1 454**	**61,6%**	**-908**	**38,4%**	**-2 362**	**-2 197**
Total Veränderungen	**183**	**59,2%**	**126**	**40,8%**	**309**	**409**
Stand am 31.12.	**12 183**	**55,1%**	**9 929**	**44,9%**	**22 112**	**21 803**

[1] Teilweise Abgänge infolge Teil-Pensionierung und/oder Teil-Invalidisierung sind nicht enthalten.
[2] Angeschlossene Arbeitgeber mit Anschlussvertrag; keine Neueintritte möglich
[3] Angeschlossene Arbeitgeber ohne Anschlussvertrag; keine Neueintritte möglich.

2.1.2 Zusammensetzung des Endbestandes

	Frauen		Männer			Total	
	Anzahl	in%	Anzahl	in%	2015	in%	2014
Zusammensetzung nach Arbeitgeber							
Staat	5 509	24,9%	5 119	23,2%	10 628	48,1%	10 413
Angeschlossene Unternehmen	6 674	30,2%	4 810	21,8%	11 484	51,9%	11 390
Stand am 31.12.	**12 183**	**55,1%**	**9 929**	**44,9%**	**22 112**	**100,0%**	**21 803**
Zusammensetzung nach Vorsorgeplan							
Leistungsprimat	11 462	51,8%	9 547	43,2%	21 009	95,0%	20 677
BVG-Plan	575	2,6%	251	1,1%	826	3,7%	787
Kombiprimat	146	0,7%	130	0,6%	276	1,2%	337
Freiwillig Versicherte	0	<0,1%	1	<0,1%	1	<0,1%	2
Stand am 31.12.	**12 183**	**55,1%**	**9 929**	**44,9%**	**22 112**	**100,0%**	**21 803**

2.2 Rentenbeziehende

2.2.1 Anzahl rentenbeziehende Personen (nach Hauptrenten)

	Frauen		Männer		Total	
jeweils per 31.12.	**2015**	**2014**	**2015**	**2014**	**2015**	**2014**
Altersrenten	4 770	4 606	5 560	5 479	10 330	10 085
Invalidenrenten	1 177	1 160	985	983	2 162	2 143
davon Invalidenrenten unter Alter 63	566	585	350	368	916	953
davon Invalidenrenten über Alter 63	611	575	635	615	1 246	1 190
Ehegatten-/Partnerrenten	2 550	2 558	170	159	2 720	2 717
Subtotal	**8 497**	**8 324**	**6 715**	**6 621**	**15 212**	**14 945**
Waisenrenten	51	48	56	60	107	108
Renten an invalide Kinder	15	15	12	12	27	27
Stand am 31.12.	**8 563**	**8 387**	**6 783**	**6 693**	**15 346**	**15 080**

2.2.2 Doppelzählungen im Endbestand

Teilaktive Personen, die infolge Teil-Pensionierung und/oder Teil-Invalidisierung eine oder mehrere Teilrenten erhalten, werden mehrfach geführt. Sie sind Bestandteil der Statistiken «aktive Versicherte» und «Rentenbeziehende» und werden dementsprechend mehrfach gezählt. Es handelt sich dabei um 252 Personen.

2.2.3 Entwicklung der Alters-, Invaliden- und Hinterlassenenrenten

	Altersrenten		Invalidenrenten		Hinterlassenen-renten[1]		Total[2]	
jeweils per 31.12.	**2015**	**2014**	**2015**	**2014**	**2015**	**2014**	**2015**	**2014**
Stand am 1.1.	**10 807**	**10 516**	**2 497**	**2 465**	**2 933**	**2 943**	**16 237**	**15 924**
Zugänge (Neurenten)								
Neue Altersrenten	662	609					662	609
Neue Invalidenrenten			87	66			87	66
Neue Hinterlassenenrenten					206	193	206	193
Total Zugänge	**662**	**609**	**87**	**66**	**206**	**193**	**955**	**868**
Abgänge								
Ende Invalidenrenten[3]			-8	-5			-8	-5
Ende Hinterlassenenrenten[4]					-197	-203	-197	-203
Todesfälle	-348	-318	-54	-29			-402	-347
Total Abgänge	**-348**	**-318**	**-62**	**-34**	**-197**	**-203**	**-607**	**-555**
Total Veränderungen	**314**	**291**	**25**	**32**	**9**	**-10**	**348**	**313**
Stand am 31.12.	**11 121**	**10 807**	**2 522**	**2 497**	**2 942**	**2 933**	**16 585**	**16 237**

2.2.4 Verhältnis Rentner zu aktive Versicherte

	Frauen		Männer		Total	
jeweils per 31.12.	**2015**	**2014**	**2015**	**2014**	**2015**	**2014**
Alters-, Invaliden- und Ehegatten-/ Partnerrente	8 497	8 324	6 715	6 621	15 212	14 945
Aktive Versicherte	12 183	12 000	9 929	9 803	22 112	21 803
Verhältnis	**1 : 1,43**	**1 : 1,44**	**1 : 1,48**	**1 : 1,48**	**1 : 1,45**	**1 : 1,46**

[1] Hinterlassenenrenten beinhalten Ehegatten-/Partnerrenten, Waisenrenten und Renten an invalide Kinder.
[2] Die Aufstellung kann Personen mehrfach beinhalten, wenn diese mehrere Renten beziehen (z.B. aufgrund gestaffelter Pensionierung).
[3] Ende Invalidenrente durch Wiedererlangung der Erwerbsfähigkeit
[4] Ende Hinterlassenenrenten durch Wiederverheiratung oder Tod der rentenbeziehenden Person

3. Art der Umsetzung des Zwecks

Die nachfolgenden Erläuterungen in den Ziffern 3.1 bis 3.3 galten bis zum 31. Dezember 2015. (Auf den 1. Januar 2016 ist das neue Pensionskassengesetz vom 4. Juni 2014 vollständig in Kraft getreten. Ab diesem Zeitpunkt bietet die PKBS nur noch Vorsorgelösung im Kombiprimat an und führt die Vorsorgewerke in der Teil- oder Vollkapitalisierung.)

3.1 Erläuterung der Vorsorgepläne, gültig bis 31.12.2015

Staatspersonal: Plan Leistungsprimat und BVG-Plan
Die Pensionskasse Basel-Stadt ist eine autonome Vorsorgeeinrichtung mit umhüllenden Vorsorgeleistungen. Das heisst, dass auch über dem Obligatorium des BVG liegende Leistungen erbracht werden.

Im Plan Leistungsprimat errechnet sich der versicherte Lohn aus dem AHV-pflichtigen Grundlohn, abzüglich eines Koordinationsabzuges. Dieser Koordinationsabzug entspricht drei Achteln des Grundlohnes, im Maximum jedoch der maximalen jährlichen AHV-Altersrente, wobei der Beschäftigungsgrad entsprechend berücksichtigt wird. Der gemäss basel-städtischem Lohngesetz das Maximum von Lohnklasse 22 (CHF 213 343; Stand 2015) übersteigende Betrag wird zu 50% versichert und der das Maximum der Lohnklasse 28 (CHF 327 255,50; Stand 2015) übersteigende Betrag wird nicht berücksichtigt. Der so berechnete maximal zu versichernde AHV-Lohn beträgt CHF 270 300 (Stand 2015).

Bei Volleinkauf beträgt die Alters- bzw. Invalidenrente 65% des versicherten Lohnes. Die massgebende Versicherungszeit beträgt 38 Jahre, das ordentliche Rücktrittsalter beträgt 63 Jahre. Die Ehegattenrente bzw. Lebenspartnerrente beträgt ⅔, die Waisen- und Invalidenkinderrente ⅕ der Alters- bzw. Invalidenrente. Die Höhe der Pensionierten-Kinderrente entspricht dem BVG-Obligatorium. Eine vorzeitige Pensionierung ist ab Alter 58 möglich. Vergünstigte Konditionen bestehen bei Pensionierung ab Alter 60. Zur Altersrente wird eine Überbrückungsrente in der Höhe von 120% der minimalen AHV-Altersrente (max. 140% bei tiefen Löhnen) ausgerichtet. Bei Verteilung auf mehrere Jahre ist der Totalbezug an Überbrückungsrenten auf 360% (bzw. 420%) begrenzt. Für Konkubinatspaare wird im Todesfall eine Lebenspartnerrente in der Höhe der Ehegattenrente ausgerichtet. Sofern beim Tod einer aktiven versicherten Person keine Ehegatten-, Lebenspartner- oder Geschiedenenrente fällig wird, besteht Anspruch auf ein Todesfallkapital.

Die laufenden Renten werden nach den finanziellen Möglichkeiten der Kasse der Teuerung angepasst, wobei der Staat hierfür einen jährlichen Beitrag in einen separaten Teuerungsfonds einbezahlt. Über die Verwendung dieses Fonds bestimmt der Verwaltungsrat.

Kurzzeitig Versicherte (bis maximal sechs Monate), Personen im Stundenlohn und Versicherte mit Eintrittsalter ab 63 Jahren werden in einem «BVG-Plan» versichert. Dessen Leistungen entsprechenden Mindestleistungen gemäss BVG.

Es bestehen diverse Sonderbestimmungen, u.a. für Magistratspersonen. Im Einzelnen wird auf das Gesetz und auf die vom Verwaltungsrat erlassenen Ausführungsbestimmungen (Reglemente) verwiesen.

Angeschlossene Arbeitgeber: Wahl aus vier verschiedenen Vorsorgeplänen

Plan A: Leistungsprimat,
65% Alters-/Invalidenrente, mit Rücktrittsalter 63

Plan B: Leistungsprimat, 65% Alters-/Invalidenrente, mit Rücktrittsalter 64 (Frauen) und 65 (Männer)

Plan C: Kombiprimat
Beitragsprimat beim Sparprozess mit Leistungsziel 65%; Risikoleistungen im Leistungsprimat mit variabler Höhe, mit Rücktrittsalter 65

Plan D: Kombiprimat, wie Plan C, jedoch mit Leistungsziel 60%, mit Rücktrittsalter 65

3.2 Finanzierung, Finanzierungsmethode

Die PKBS ist nach den Grundsätzen der Kapitaldeckung in geschlossener Kasse aufgebaut. Beim bis zum 31. Dezember 2015 geltenden Leistungsprimatplan (Plan A; Staatspersonal) betragen die ordentlichen Arbeitnehmerbeiträge grundsätzlich 8,5% des anrechenbaren Lohnes (1,5% für Versicherte unter 25 Jahren). Bei Lohnerhöhungen sind Nachzahlungen zu leisten, wobei der Beitrag der Versicherten in Prozent der Lohnerhöhung bemessen wird, der Prozentsatz entspricht dem Lebensalter. Lohnerhöhungen von über 10% (bzw. 5% ab Alter 50) sind einzukaufen (gemäss Einkaufstabelle). Die ordentlichen Arbeitgeberbeiträge des Staates betragen 20% des anrechenbaren Lohnes. Dazu kommt ein Beitrag an den Teuerungsfonds Staat von 2,5% (bzw. 5% spätestens ab dem Jahr 2038).

Seit dem 1. Januar 2011 beträgt der ordentliche Arbeitnehmerbeitrag im Leistungsprimatplan (Plan A) für das Staatspersonal 10,1% (ab Alter 25), der Arbeitgeberbeitrag 18,4%. Diese Beitragsverschiebung resultierte aus der per 31. Dezember 2010 erfolgten Sanierung im Versichertenbereich Staat. Die Hälfte der vom Staat einbezahlten Einmaleinlage (CHF 795 Mio. inkl. Anteil IWB Industrielle Werke Basel) wird dem Arbeitgeber von den Destinatären zurückbezahlt. Für die aktiven Versicherten erfolgt dies über die vorstehend aufgezeigte Erhöhung des Beitrages; die vom Arbeitgeber dadurch eingesparten Mittel werden als Rückzahlung der Arbeitnehmeranteile angerechnet. Der Anteil der Rentenbeziehenden an diese Sanierung erfolgt durch einen Verzicht auf Teuerungsanpassung in der Form einer Reduktion des Arbeitgeberbeitrages an den Renten-Teuerungsfonds von 2,5% auf 0,1% der versicherten Lohnsumme der aktiven Versicherten. Diese Beitragsaufteilung wird mit der Umstellung auf die neuen Vorsorgepläne per 1. Januar 2016 hinfällig werden.

Im Umfang der benötigten Wertschwankungsreserven besteht bis zum 31. Dezember 2015 für den Bereich Staat eine Staatsgarantie in der Höhe von max. 20% der Vorsorgeverpflichtungen. Dies jedoch nur solange, als der Zieldeckungsgrad (100% plus Ziel-Wertschwankungsreserve) noch nicht erreicht ist. Die Beiträge sind so ausgelegt worden, dass die reglementarischen Leistungen erbracht werden können, wobei eine Anlagerendite von 4,6% p.a. einberechnet wurde. Der technische Zinssatz beträgt bis zum 31. Dezember 2015 4,0%.

Der Beitrag der angeschlossenen Arbeitgeber richtet sich nach den Anschlussverträgen bzw. nach dem gewählten Vorsorgeplan. Es gilt der Grundsatz, dass langfristig jeder angeschlossene Arbeitgeber die vollen Kosten seiner Vorsorge (inkl. Verwaltungskosten) selbst trägt. Die Finanzierung der Vorsorge der angeschlossenen Arbeitgeber erfolgt somit getrennt vom Staat bzw. von den übrigen Arbeitgebern, somit wird für jedes Vorsorgewerk auch ein eigener Deckungsgrad geführt.

Die versicherten Löhne der aktiven Versicherten betragen:

(in Mio. CHF)	2015	2014
Staat	641,5	620,0
Angeschlossene Arbeitgeber	655,3	645,7
Total versicherte Löhne	**1 296,8**	**1 265,7**

3.3 Weitere Informationen zur Vorsorgetätigkeit

Im Rahmen des BVG-Obligatoriums erfolgte per 1. Januar 2015 gemäss den Vorgaben des Bundesamts für Sozialversicherungen keine Teuerungsanpassung der laufenden Hinterlassenen- und Invalidenrenten. Bei den überobligatorischen Leistungen erfolgten ebenfalls keine Anpassungen an die Teuerung. Infolge Erhöhung der AHV-Renten um 0,426% wurden die versicherten Überbrückungsrenten entsprechend angepasst, da deren Höhe in Prozent der AHV-Renten definiert ist.

4. Bewertungs- und Rechnungslegungsgrundsätze, Stetigkeit

4.1 Bestätigung über Rechnungslegung nach Swiss GAAP FER 26

Die vorliegende Jahresrechnung entspricht den Vorschriften von Swiss GAAP FER 26.

4.2 Buchführungs- und Bewertungsgrundsätze

Flüssige Mittel, Geldmarktanlagen, Wertschriften

Die Bewertung der Flüssigen Mittel, Geldmarktanlagen und Wertschriften (inkl. Derivate und Rohstoffe) erfolgt zu Marktwerten per Bilanzstichtag. Die daraus entstehenden realisierten und nicht realisierten Kursgewinne und -verluste werden erfolgswirksam im Nettoertrag aus Flüssigen Mitteln und Geldmarktanlagen, Obligationen, Aktien und ähnlichen Wertpapieren ausgewiesen. Derivate stehen zum Marktwert bei den entsprechenden Basispositionen (Long-Positionen positiv, Short-Positionen negativ). Der Deckungspflicht (Liquidität) für Engagements in Derivaten wird durch Anwendung der Fachempfehlungen zum Einsatz und zur Darstellung der derivativen Finanzinstrumente nachgekommen.

Forderungen und Darlehen

Die Bilanzierung der Forderungen und Darlehen erfolgt zu Nominalwerten.

Fremdwährungsumrechnungen

Erträge und Aufwendungen in Fremdwährungen werden zu den jeweiligen Tageskursen umgerechnet. Aktiven und Verbindlichkeiten in Fremdwährungen werden zu Jahresendkursen bewertet. Die daraus entstehenden Kursgewinne und -verluste werden erfolgswirksam verbucht.

Hypotheken

Die Bilanzierung der Hypothekardarlehen erfolgt zum Nominalwert abzüglich betriebswirtschaftlich notwendiger Wertberichtigungen.

Immobilien

Bezüglich der Bilanzierung von Immobilien wird wie folgt unterschieden:

Direkte Immobilienanlagen: zu Marktwerten. Dieser wird nach der Discounted-Cash-Flow Methode (DCF) ermittelt. Die wichtigsten Bewertungsparameter der DCF-Methode sind:

- Mietertragswachstum: individuell pro Objekt
- Inflation: 1% p.a.
- Diskontsatz: Basisdiskontsatz = 5%; individuelle Zu- und Abschläge für spezifische Objekteigenschaften

Indirekte Immobilienanlagen: zu Marktwerten (Börsenkurs);

Immobilien im Bau: Als im Bau befindliche Immobilien gelten Neubauten bis zur abgeschlossenen Bauabrechnung. Die Bewertung erfolgt zum tieferen Wert von Anschaffungskosten und Marktwert.

4.3 Änderungen von Grundsätzen bei Bewertung, Buchführung und Rechnungslegung

Alle Austritte von aktiven Versicherten per 31. Dezember (ordentliche Austritte mit FZL, Austritte infolge Pensionierung, Invalidität, Tod) wurden bisher buchhalterisch per 31. Dezember noch im Vorsorgekapital aktive Versicherte ausgewiesen. Im Zusammenhang mit der Umstellung der Vorsorgelösungen auf das Beitragsprimat per 1. Januar 2016 werden die aktiven Versicherten mit Austritt mit FZL per 31. Dezember 2015 einmalig in den Verbindlichkeiten ausgewiesen. Austritte infolge Pensionierung, Invalidität und Tod werden per 31. Dezember 2015 bereits dem Vorsorgekapital Rentner zugeordnet. Die Statistiken in Anhang 2 berücksichtigen diese einmalige Änderung nicht, damit die Vergleichbarkeit gegeben ist.

5. Versicherungstechnische Risiken / Risikodeckung / Deckungsgrad

5.1 Art der Risikodeckung

Die Kasse trägt ihre Risiken selbst (autonome Vorsorgeeinrichtung); eine Rückdeckung ist nicht vorhanden.

5.2 Zusammensetzung der Vorsorgekapitalien und technischen Rückstellungen

Vorsorgekapital

Die in der Bilanz ausgewiesene Position «Total Vorsorgekapitalien und technische Rückstellungen» über CHF 10 944 492 342 verteilt sich wie folgt (LP = Leistungsprimat; BP = Beitragsprimat; BVG = BVG-Plan):

Vorsorgekapital Staat (in CHF)	**31.12.2015**	**31.12.2014**
Vorsorgekapital aktive Versicherte LP	2 108 670 480	2 121 473 550
Vorsorgekapital aktive Versicherte BVG	4 055 115	3 968 800
Vorsorgekapital Rentenbeziehende	3 900 354 300	3 762 149 810
Separate Sparkapitalien aktive Versicherte	146 091 477	158 702 909
Technische Rückstellungen	119 625 789	88 025 293
Teuerungsfonds	23 463 507	22 526 445
Total	**6 302 260 668**	**6 156 846 807**

Vorsorgekapital angeschlossene Arbeitgeber (in CHF)	**31.12.2015**	**31.12.2014**
Vorsorgekapital aktive Versicherte LP	1 911 860 659	1 959 616 739
Vorsorgekapital aktive Versicherte BP	56 513 455	62 593 587
Vorsorgekapital aktive Versicherte BVG	10 969 532	10 822 638
Vorsorgekapital Rentenbeziehende	2 428 012 994	2 306 644 815
Separate Sparkapitalien aktive Versicherte	134 980 136	141 113 547
Technische Rückstellungen	87 060 415	64 436 956
Teuerungsfonds	12 834 483	12 113 777
Total	**4 642 231 674**	**4 557 342 059**
Gesamttotal	**10 944 492 342**	**10 714 188 867**

5.3 Entwicklung des Vorsorgekapitals für aktive Versicherte

Leistungsprimat

Vorsorgekapital LP (in Mio. CHF)	**2015**	**2014**
Stand des Vorsorgekapitals am 1.1.	4 081,1	4 022,5
Anpassung an Neuberechnung	–60,6	58,6
Stand des Vorsorgekapitals am 31.12.	4 020,5	4 081,1

Separates Sparkapital (in Mio. CHF)	**2015**	**2014**
Stand des Sparkapitals am 1.1.	299,8	311,3
Veränderung	–23,7	–16,7
Verzinsung 1,75% (Vorjahr 1,75%)	5,0	5,2
Stand des Sparkapitals am 31.12.	281,1	299,8

Beitragsprimat

Vorsorgekapital BP (in Mio. CHF)	**2015**	**2014**
Stand des Vorsorgekapitals am 1.1.	62,6	59,9
Veränderung	–7,2	1,5
Verzinsung 1,75–2,25% (Vorjahr 1,75–2,25%)	1,1	1,2
Stand des Vorsorgekapitals am 31.12.	56,5	62,6

Vorsorgekapital BVG (in Mio. CHF)	**2015**	**2014**
Stand des Vorsorgekapitals am 1.1.	14,8	15,2
Veränderung	0,0	–0,6
Verzinsung 1,75% (Vorjahr 1,75%)	0,2	0,2
Stand des Vorsorgekapitals am 31.12.	15,0	14,8

Das Vorsorgekapital aktive Versicherte (Beitrags- und Leistungsprimat) setzt sich per 31. Dezember wie folgt zusammen:

(in Mio. CHF)	2015	2014
Vorsorgekapital LP	4 020,5	4 081,1
Separates Sparkapital	281,1	299,8
Vorsorgekapital BP	56,5	62,6
Vorsorgekapital BVG	15,0	14,8
Total Vorsorgekapital aktive Versicherte	**4 373,1**	**4 458,3**

5.4 Summe der Altersguthaben nach BVG

(in Mio. CHF)	31.12.2015	31.12.2014
Altersguthaben nach BVG (Schattenrechnung)	1 690,2	1 654,9

5.5 Entwicklung des Vorsorgekapitals für Rentenbeziehende

(in Mio. CHF)	2015	2014
Stand des Vorsorgekapitals am 1.1.	6 068,8	6 000,9
Veränderung Vorsorgekapital Rentenbeziehende	259,6	67,9
Stand des Vorsorgekapitals am 31.12.	6 328,4	6 068,8

Die starke Zunahme des Vorsorgekapitals Rentenbeziehende im Jahr 2015 ist im Wesentlichen auf den Umstand zurückzuführen, dass per 31. Dezember 2015 überdurchschnittlich viele Pensionierungen stattfanden.

5.6 Zusammensetzung, Entwicklung und Erläuterung der technischen Rückstellungen

Die technischen Rückstellungen setzen sich wie folgt zusammen:

(in Mio. CHF)	2015	2014
Technische Rückstellungen Staat	119,6	88,0
Technische Rückstellungen angeschlossene Arbeitgeber	87,1	64,4
Teuerungsfonds Staat	23,5	22,5
Teuerungsfonds angeschlossene Arbeitgeber	12,8	12,2
Stand der technischen Rückstellungen am 31.12.	243,0	187,1

Hinsichtlich der Entwicklung der technischen Rückstellungen zeigt sich folgendes Bild:

(in Mio. CHF)	2015	2014
Stand der Rückstellungen am 1.1.	152,4	100,4
Veränderung technische Rückstellungen Staat	31,6	29,5
Veränderung technische Rückstellungen angeschlossene Arbeitgeber	22,7	22,5
Stand der Rückstellungen am 31.12. (vor Teuerungsfonds)	206,7	152,4
Teuerungsfonds Staat (Details siehe unten)	23,5	22,5
Teuerungsfonds angeschlossene Arbeitgeber (Details siehe unten)	12,8	12,2
Stand der Rückstellungen am 31.12.	243,0	187,1

Teuerungsfonds Staat (in Mio. CHF)	2015	2014
Stand am 1.1.	22,5	21,0
Einlage Staat	0,7	0,7
Verzinsung 1,19% (Vorjahr 4,0%)	0,3	0,8
Verwendung für Teuerungsausgleich auf laufenden Renten	0,0	0,0
Stand am 31.12.	23,5	22,5

Teuerungsfonds angeschlossene Arbeitgeber (in Mio. CHF)	2015	2014
Stand am 1.1.	12,2	11,1
Einlagen angeschlossene Arbeitgeber	0,5	0,6
Verzinsung 1,19% (Vorjahr 4,0%)	0,1	0,5
Verwendung für Teuerungsausgleich auf laufenden Renten	0,0	0,0
Stand am 31.12.	12,8	12,2

5.7 Ergebnis des letzten versicherungstechnischen Gutachtens

Mit Datum vom 30. April 2015 erstellte die Expertin für berufliche Vorsorge ein versicherungstechnisches Gutachten per 31. Dezember 2014. Per Ende 2014 lag der Deckungsgrad der Gesamtkasse bei 103,8% (ohne Anrechnung der Arbeitgeberbeitragsreserven mit Verwendungsverzicht) bzw. bei 103,9% (mit Anrechnung der Arbeitgeberbeitragsreserven mit Verwendungsverzicht), der technische Überschuss beträgt CHF 415 Mio. (Vorjahr: technischer Überschuss von CHF 16 Mio.).

Für die vorliegende Jahresrechnung wurden die Vorsorgekapitalien und technischen Rückstellungen neu berechnet. Die entsprechenden Werte wurden von der Expertin für berufliche Vorsorge (Prevanto AG) bestätigt.

5.8 Technische Grundlagen und andere versicherungstechnisch relevante Annahmen

Seit dem 1. Januar 2013 werden für die Ermittlung der Barwerte im Leistungsprimat die Rechnungsgrundlagen VZ 2010 (4%) verwendet. Die Tabellen werden geschlechtsneutral ausgestaltet, sodass für weibliche und männliche Versicherte die gleichen Werte gelten. Für die aktiven Versicherten wird entweder der Barwert der erworbenen Leistungen (Leistungsprimat) oder das Sparkapital (Beitragsprimat) zurückgestellt.

Zur Finanzierung des Langlebigkeitsrisikos sowie für künftige Anpassungen der Rechnungsgrundlagen werden entsprechende versicherungstechnische Rückstellungen gebildet. Diese betragen jährlich 0,5% der Vorsorgeverpflichtungen, wobei mit der Einführung des neuen Tarifes bereits 0,5% Rückstellungen gebildet wurden. Somit betragen diese Rückstellungen per Ende 2015 insgesamt 2,0% der Vorsorgeverpflichtungen.

5.9 Änderung von technischen Grundlagen und Annahmen

Die Einführung der neuen Rechnungsgrundlagen per 1. Januar 2013 hatte zur Folge, dass die Umwandlungssätze im Kombiprimat (Beitragsprimat) von 6,75% (Alter 65) infolge Anpassung an die allgemein höhere Lebenserwartung sukzessive zu senken waren. Die erste Anpassung des Umwandlungssatzes wurde im Jahr 2014 vollzogen. Für das Jahr 2015 betrug der Umwandlungssatz im Alter 64 6,40% und im Alter 65 6,52%.

Mit der Senkung des technischen Zinssatzes von 4,0% auf 3,0% per 1. Januar 2016 sowie mit der Einführung des Beitragsprimats in allen den angeschlossenen Arbeitgebern angebotenen Vorsorgelösungen wird der Umwandlungssatz im neuen, einheitlichen Rücktrittsalter 65 für alle 5,80% betragen. Die bisherige sukzessive Senkung des Umwandlungssatzes während einer Übergangsfrist für Vorsorgewerke, welche ihre Vorsorgelösung bereits in einem Beitragsprimat führen (BSABB BVG- und Stiftungsaufsicht beider Basel, Bureau IBA Basel 2020 und Musik-Akademie der Stadt Basel) wird nicht angeboten.

5.10 Deckungsgrad nach Art. 44 BVV 2

Gesamtkasse

Der Deckungsgrad der Gesamtkasse wird ermittelt, indem vom Vermögen die Verbindlichkeiten, die passiven Rechnungsabgrenzungen sowie die Arbeitgeberbeitragsreserven (ohne Verwendungsverzicht) in Abzug gebracht werden (= Nettoaktiven) und dieser Betrag durch das Vorsorgekapital (inkl. technischer Rückstellungen) dividiert wird. Per 31. Dezember 2015 ergibt sich ein Deckungsgrad von 101,0% (mit Anrechnung der Arbeitgeberbeitragsreserven mit Verwendungsverzicht) bzw. von 100,9% (ohne Anrechnung).

Bereich Staat

Der Deckungsgrad Staat wird ermittelt, indem die Nettoaktiven des Bereichs Staat durch die Vorsorgeverpflichtungen des Bereichs Staat dividiert werden. Per 31. Dezember 2015 ergibt sich ein Deckungsgrad von 98,9% (Vorjahr 102,1%). Während der Staat im Vorjahr Wertschwankungsreserven von CHF 127,2 Mio. verzeichnete, weist er neu eine Unterdeckung von CHF 70,5 Mio. aus.

In der Betriebsrechnung wird dem Staat vom Aufwandüberschuss 2015 ein Anteil von CHF 70,5 Mio. (Vorjahr Ertragsüberschuss von CHF 62,2 Mio.) zugewiesen.

Bereich angeschlossene Arbeitgeber

Der durchschnittliche Deckungsgrad aller angeschlossenen Arbeitgeber sank von 106,3% (Vorjahr) auf 103,8% unter Anrechnung der Arbeitgeberbeitragsreserve mit Verwendungsverzicht. Massgebend für diese Abnahme ist das Ergebnis der Vermögensanlage mit einer Performance von +1,19%.

In der Betriebsrechnung wird den angeschlossenen Arbeitgebern vom Aufwandsüberschuss 2015 von CHF 82,3 Mio. ein Anteil von CHF 11,8 Mio. zugewiesen.

Von den insgesamt 69 Vorsorgewerken der angeschlossenen Arbeitgeber weisen 34 (Vorjahr 26) eine Unter- und 35 (Vorjahr 46) eine Überdeckung aus.

Der Umfang der Überdeckungen der angeschlossenen Arbeitgeber, welche einen Deckungsgrad von über 100% (mit Anrechnung der Arbeitgeberbeitragsreserven mit Verwendungsverzicht) aufweisen, beträgt für die 35 (Vorjahr 46) Vorsorgewerke CHF 214,4 Mio. (Vorjahr CHF 316,7 Mio.); davon Wertschwankungsreserven CHF 212,3 Mio. (Vorjahr CHF 314,6 Mio.) und freie Mittel CHF 2,1 Mio. (Vorjahr CHF 2,1 Mio.).

Die Summe der Unterdeckungen der angeschlossenen Arbeitgeber, welche einen Deckungsgrad von unter 100% (unter Einrechnung der Arbeitgeberbeitragsreserven mit Verwendungsverzicht) aufweisen, beträgt für die betreffenden 34 (Vorjahr 26) Vorsorgewerke CHF 38,6 Mio. (Vorjahr CHF 29,2 Mio.). Zwecks Reduktion der bestehenden Unterdeckung besteht in sieben Vorsorgewerken eine Arbeitgeberbeitragsreserve mit Verwendungsverzicht in Höhe von insgesamt CHF 10,3 Mio. (Vorjahr CHF 8,7 Mio.).

Nachfolgend sind die Institutionen tabellarisch nach ihren jeweiligen Deckungsgraden aufgeführt:

Deckungsgrad	**Anzahl angeschlossene Arbeitgeber**		**Anzahl Destinatäre**		**Vorsorgekapital** (in Mio. CHF)	
	2015	**2014**	**2015**	**2014**	**2015**	**2014**
>=100,0%	35	46	16 479	16 513	4 298,5	4 306,8
95,0–99,9%	14	10	349	280	139,0	132,4
90,0–94,9%	6	2	212	57	101,4	14,2
<90,0%	14	14	387	382	103,4	103,9
Total	**69**	**72**	**17 427**	**17 232**	**4 642,3**	**4 557,3**

Deckungsgrad (in Mio. CHF)	Unter–/Überdeckung*		Wertschwankungs–reserven		Freie Mittel	
	2015	2014	2015	2014	2015	2014
>=100,0%	214,3	316,7	212,3	314,6	2,1	2,1
95,0–99,9%	–2,7	–4,8				
90,0–94,9%	–8,2	–1,0				
<90,0%	–27,8	–23,4				
Total	**175,6**	**287,5**	**212,3**	**314,6**	**2,1**	**2,1**

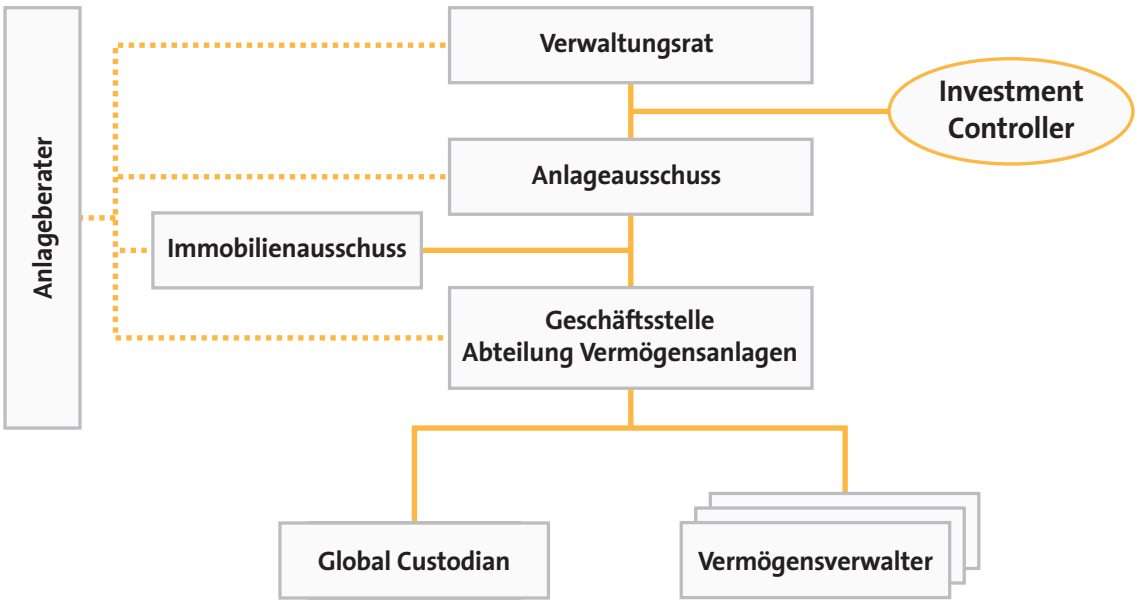
* Unter Anrechnung der Arbeitgeberbeitragsreserven mit Verwendungsverzicht

6. Erläuterungen der Vermögensanlage und des Netto-Ergebnisses aus Vermögensanlage

6.1 Organisation der Anlagetätigkeit, Anlageberater und Anlagemanager, Anlagereglement

Der Verwaltungsrat ist das oberste Entscheidungs- und Aufsichtsorgan der PKBS. Er behandelt die langfristigen Finanzierungsfragen und ist für die Anlageorganisation und deren Kompetenzregelung verantwortlich. Ein stufengerechtes Management-Informationssystem, damit die verantwortlichen Instanzen über aussagekräftige, führungsrelevante und zeitgerechte Informationen verfügen, ist vorhanden. Die PKBS hat die Organisation, die Aufgaben und Kompetenzen in einem Anlagereglement festgehalten. Dieses wurde am 26. November 2014 genehmigt und ist seit 1. Januar 2015 in Kraft, die letzten Änderungen datieren vom 4. März 2015.

Die folgende Graphik zeigt die Anlageorganisation:



In Bezug auf die Anlagetätigkeit sind im Anlagereglement der PKBS u.a. folgende Grundsätze enthalten:

- Bei der Bewirtschaftung des Anlagevermögens sind die Interessen der Versicherten und damit die Erfüllung des Vorsorgezweckes der PKBS massgebend.
- Das Anlagevermögen ist so zu bewirtschaften, dass die Leistungen jederzeit termingerecht ausbezahlt werden können, die anlagebedingte Risikofähigkeit eingehalten wird, damit die nominelle Sicherheit der versprochenen Leistungen gewährleistet ist und die Gesamtrendite im Rahmen der Risikofähigkeit optimiert wird, damit ein grösstmöglicher Beitrag zur Realwerterhaltung der versprochenen Rentenleistungen erzielt werden kann.
- Die Risikofähigkeit der PKBS bemisst sich insbesondere an der finanziellen Lage, Struktur und Beständigkeit der Arbeitgeber und des Destinatärbestandes.
- Die Vermögensanlagen erfolgen schwergewichtig und nach Möglichkeit in liquiden, gut handelbaren und qualitativ hochstehenden Anlagen.
- Die Vermögensanlagen werden auf verschiedene Anlagekategorien, wie Märkte, Währungen, Branchen und Sektoren, verteilt.
- Die Vermögensanlagen werden so angelegt, dass damit ein dem Geld-, Kapital- und Immobilienmarkt entsprechender Ertrag angestrebt wird.

Der Verwaltungsrat legt die Ziele und Grundsätze der Vermögensanlage im Anlagereglement fest und genehmigt die Richtlinien Anlagestrategie, Anlageorganisation und Alternative Anlagen.

Der **Anlageausschuss** ist vom Verwaltungsrat für die Steuerung, Koordination und Überwachung der Vermögensanlagen eingesetzt. Er setzt die Anlagestrategie um und legt die Gewichtung innerhalb der taktischen Bandbreiten fest. Er entscheidet über die Vergabe von Mandaten und auch über die Auswahl von Anlagestiftungen und Fonds.

Der Anlageausschuss besteht ausschliesslich aus erfahrenen Anlagespezialisten und international tätigen Fachleuten aus Wissenschaft und Praxis. Er setzt sich aus folgenden Mitgliedern zusammen:

- **Urs Ernst, Dr., Präsident**
  Urs Ernst ist Mitglied und Präsident des Anlageausschusses seit 2004. Die Ernst Wirtschaftsberatung wurde 2004 von Urs Ernst gegründet und ist ein Beratungsunternehmen für institutionelle Anleger in Fragen der Kapitalanlage. Vor der Firmengründung war Urs Ernst als Analyst, Head of Research, Head of Brokerage und Chief Financial Officer für eine renommierte Schweizer Privatbank tätig. Neben weiteren Mandaten in der Finanzindustrie präsidiert er die Anlagekommission der Transparenta Sammelstiftung für berufliche Vorsorge mit Sitz in Aesch BL.
- **Yvan Lengwiler, Prof. Dr., Vizepräsident**
  Yvan Lengwiler ist seit 2004 Mitglied und seit 2006 Vizepräsident des Anlageausschusses. Seit 2001 ist er Professor für Nationalökonomie und seit 2013 Dekan an der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Basel. Er befasst sich mit Fragen der Geldpolitik, mit dem Zusammenhang zwischen Finanzmarktpreisen und mikroökonomischen Fundamentaldaten sowie mit dem Design von Mechanismen, insbesondere von Auktionen. Yvan Lengwiler ist seit 2012 auch Mitglied des Verwaltungsrats der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht FINMA. Vor seiner Lehrtätigkeit an der Universität Basel war er Economic Adviser bei der Schweizerischen Nationalbank und nahm Lehraufträge der Universität Zürich, der Hochschule St. Gallen und der Melbourne University wahr. Er studierte Wirtschaftswissenschaften an der Hochschule St. Gallen sowie an der Princeton University und dem Studienzentrum Gerzensee. Er ist Verfasser mehrerer Bücher sowie zahlreicher Beiträge im Bereich der Wirtschaftstheorie und -politik.

- **Thomas Hagen**
  Thomas Hagen ist seit 2004 Mitglied des Anlageausschusses. Seit 2012 ist er als Leiter der Kapitalanlagen bei der Aargauischen Pensionskasse tätig. Er startete seine berufliche Karriere in der Anlageberatung. Thomas Hagen war von 1988 bis 2011 bei der Baloise Gruppe beschäftigt. Von 1988 bis 2009 war er innerhalb des Asset-Managements als Portfoliomanager für verschiedene Anlagekategorien zuständig. Von 2010 bis 2011 war er im Bereich Anlagestrategie & Investment Controlling tätig und unter anderem für die Umsetzung der taktischen Asset Allocation der Pensionskasse der Basler Versicherung AG verantwortlich.
- **Hans Naef, Dr.**
  Hans Naef ist seit 2004 Mitglied des Anlageausschusses. Das Unternehmen GSP, Gesellschaft für Standortanalysen und Planungen AG, wurde 1969 durch Dr. oec. publ. Hans Naef gegründet. Die Gesellschaft ist auf die Durchführung von Analysen und die Erbringung von Planungsleistungen für komplexe Immobilienanlagen spezialisiert. Hans Naef ist Präsident der Fondation Sana, welche die Aktienmehrheit des Helsana Versicherungskonzerns besitzt. Zudem ist er Mitglied des Verwaltungsrates von mehreren Immobilienfirmen.
- **Felix Spiegel**
  Felix Spiegel ist seit 2010 Mitglied des Anlageausschusses. Die Firma Spiegel Wagner Partner AG wurde von Felix Spiegel im Jahre 1999 gegründet. Er ist als unabhängiger Immobilienspezialist auf umfassende und komplexe Grundstück- und Immobilienentwicklungsprojekte spezialisiert. Vor seiner selbstständigen Tätigkeit war er für verschiedene namhafte Industrie- und Immobiliengesellschaften im In- und Ausland tätig.
- **Michael Theurillat, Dr.**
  Michael Theurillat ist seit 2006 Mitglied des Anlageausschusses. Nach 15 Jahren im Bankgeschäft machte er sich 2002 selbständig. Seither ist er als unabhängiger Berater auf dem Gebiet der Finanzwissenschaften und als freier Autor tätig. Seine Expertise auf dem Gebiet der Finanzmärkte wird von Banken, Family Offices und privaten Stiftungen sowie von Pensionskassen in Anspruch genommen. Michael Theurillat studierte Wirtschaftswissenschaften, Kunstgeschichte und Geschichte und erwarb seine Promotion auf dem Gebiet der Finanzwissenschaft. Seine zweite grosse Leidenschaft ist die Literatur. Bekannt sind seine Romane um den Zürcher Kommissar Eschenbach (erschienen im Ullstein Verlag, Berlin).

Die **Geschäftsstelle** ist die operative Einheit im Bereich Vermögensanlagen der PKBS. Sie administriert den gesamten Anlageprozess, koordiniert zwischen allen Beteiligten, bereitet die Beschlüsse von Verwaltungsrat und Anlageausschuss vor und setzt sie operativ um. Sie wickelt das Tagesgeschäft ab und führt die Eigenverwaltung der PKBS aus.

Die **Vermögensverwalter** sind für die Auswahl der Anlagen auf der Ebene der Einzelinvestments zuständig (Titelwahl und Timing). Sie sind verantwortlich für die konkrete Bewirtschaftung einzelner Anlagesegmente. Die Vermögensverwaltung können sowohl externe Stellen (Fremdverwaltung) wie Banken, Versicherungen, sonstige Vermögensverwalter als auch die Geschäftsstelle (Eigenverwaltung) oder Arbeitgeber BASEL-STADT wahrnehmen. Die Vermögensverwaltung erfolgt im Rahmen von vertraglich festgelegten Vermögensverwaltungsmandaten oder in Form von Anlagestiftungen und Fonds.

Die Anlagetätigkeiten wurden im Berichtsjahr durch die folgenden Vermögensverwalter ausgeführt:

Anlagekategorie	Vermögensverwalter	Aufsicht
Liquidität	Finanzverwaltung Basel-Stadt, Basel	Arbeitgeber
Obligationen	Finanzverwaltung Basel-Stadt, Basel	Arbeitgeber
	Morgan Stanley Investment Management, Zürich/New York	FINMA
	Schroder Investment Management, Zürich	FINMA
	UBS AG, Zürich	FINMA
	Zürcher Kantonalbank, Zürich	FINMA
Hypotheken	Pensionskasse Basel-Stadt, Basel	Eigenverwaltung
	GAM Investment Management, Zürich	FINMA
Darlehen	Finanzverwaltung Basel-Stadt, Basel	Arbeitgeber
Aktien Inland	BioMedPartners AG, Basel	FINMA
	Credit Suisse, Zürich	FINMA
	St. Galler Kantonalbank, St. Gallen	FINMA
Aktien Ausland	UBS AG, Zürich/London	FINMA
Immobilien Inland	Immobilien Basel-Stadt, Basel	Arbeitgeber
	GAM Investment Management, Zürich	FINMA
	Diverse Schweizer Immobilien Anlagestiftungen und Immobilienfonds	FINMA bzw. Oberaufsichts-kommission BVG
Immobilien Ausland	AFIAA Anlagestiftung für Immobilienanlagen im Ausland, Zürich	Oberaufsichtskommission BVG
	Credit Suisse, Zürich	FINMA
	Zürich Anlagestiftung Immobilien Europa Direkt, Zürich	Oberaufsichtskommission BVG
Rohstoffe	Basler Kantonalbank, Basel	FINMA
	Goldman Sachs International, Zürich/London	FINMA
	IFR Institute for Financial Research AG, St. Gallen	FINMA
	Zürcher Kantonalbank, Zürich	FINMA

Der **Global Custodian** steuert die zentralisierte Administration wie Transaktionsabwicklung, Verwahrung (Depotstelle) sowie Verwaltungshandlung der Wertschriftenanlagen und stellt für die PKBS das zentrale Investment Reporting zusammen. Dieses beinhaltet neben den Wertschriften alle übrigen Anlagen wie beispielsweise OTC-Positionen, Immobilien Direktanlagen und Hypotheken der PKBS. Das Investment Reporting ist ein zentrales Führungs- und Überwachungsinstrument. Das umfassende Mandat erfolgt durch die UBS Switzerland AG, Zürich.

Die UBS Switzerland AG, Zürich, führt ebenfalls das **Investment Guideline Monitoring** aus. Hierbei werden laufend auf täglicher Basis die Einhaltung sämtlicher Anlagerichtlinien, Bandbreiten und Limiten sowie die Portfoliostruktur der Wertschriftenanlagen überprüft. Bei der Feststellung von Verletzungen ist ein Eskalationsprozess definiert.

Die PPCmetrics AG, Zürich, führt das **Investment Controlling**-Mandat aus. Sie ist die unabhängige Controlling-Instanz der PKBS. Sie stellt quartalsweise relevante Informationen für die Überwachung und Steuerung des Anlageprozesses zuhanden des Verwaltungsrates bereit.

Mit Ethos Services, Genf, wird eine Zusammenarbeit im Bereich **Corporate Governance** geführt. Dies betrifft die Mitgliedschaft im Ethos Engagement Pool. Mit Unternehmen einen Dialog zu führen, ist notwendiger Bestandteil einer nachhaltigen Investitionsstrategie. Als Aktionär mit Blick auf die langfristige Rendite wird das Ziel verfolgt, die Unternehmen auf Good Governance zu verpflichten und auf Umwelt- und Sozialverantwortung zu sensibilisieren. Damit soll der Wert der Unternehmen langfristig für ihre Aktionärinnen und Aktionäre und alle anderen Anspruchsgruppen gesteigert werden. Der konstruktive Dialog mit den Unternehmensführungen kann langfristig den Wert eines Unternehmens steigern. Zu diesem Zweck sucht der Ethos Engagement Pool im Namen der Mitglieder den dauerhaften Dialog mit dem Management von börsenkotierten Schweizer Unternehmen. Die PKBS ist seit 2006 Mitglied. Die Poolmitglieder legen jährlich die Dialogthemen fest. Der Ethos Engagement Pool wird von seinen Mitgliedern finanziert und zwar proportional zum Betrag an gehaltenen Schweizer Aktien.

Folgende Institutionen übten im Geschäftsjahr 2015 **Beratungsaufträge** für die PKBS aus:

Geschäftspartner	Anlageberatung
Basel Investor Advisors, Basel	Stimmrechtsausübung
c-alm AG, St. Gallen	Allgemein
Ecofin Investment Consulting AG, Zürich	Allgemein
Ernst & Young, Zürich	Immobilien
Ethos Services AG, Genf	Stimmrechtsausübung
Finreon AG, St. Gallen	Dynamische Asset Allocation
Jones Lang LaSalle AG, Zürich	Immobilien
KPMG, Zürich	Immobilien
Lakefield Partners AG, Zürich	Dynamische Asset Allocation
PPCmetrics AG, Zürich	Allgemein
Theta AG, Zürich	Dynamische Asset Allocation

6.2 Inanspruchnahme Erweiterungen mit Ergebnis des Berichts (Art. 50 Abs. 4 BVV 2)

Im Rahmen der alternativen Anlagen nimmt die PKBS Investitionen in Gold mittels Direktanlagen vor. Diese Anlagen stützen sich auf das Anlagereglement. Der Verwaltungsrat hat an seiner Sitzung vom 26. November 2014 die Erweiterung der Anlagemöglichkeiten in Form von physischem Gold genehmigt.

Die Erweiterung der Anlagemöglichkeiten ist aus Sicht der Kasse vertretbar und wird damit begründet, dass die zuständigen Mitarbeitenden über das notwendige Fachwissen verfügen, die Vermögensanlage den allgemeinen Anlagegrundsätzen (Sicherheit, Risikoverteilung, Ertrag und Liquidität) entspricht, Reporting und Controlling jederzeit eine Beurteilung der finanziellen Lage und der Risiken erlauben, die Erfüllung des Vorsorgezwecks nicht gefährdet wird und somit Art. 50 BVV 2 eingehalten ist.

6.3 Zielgrösse und Berechnung der Wertschwankungsreserve

Die Parameter zur Berechnung der Wertschwankungsreserve (WSR) sind im «Reglement betreffend Vorsorgekapitalien, technische Rückstellungen und Schwankungsreserven» vom 24. August 2006 festgehalten. Demnach wird die WSR nach einer finanzökonomischen Methode (Value at Risk) berechnet. Basis bilden die Zielwerte der aktuellen Anlagestrategie und die Sollrendite von 4,6% (4% technischer Zins; 0,5% technische Rückstellungen; 0,1% Verwaltungskosten). Absicherungsbasis ist das Total der Vorsorgekapitalien inkl. technischer Rückstellungen. Das Sicherheitsniveau beträgt 97,5% bei einem Zeitraum von einem Jahr. Die so errechnete Wertschwankungsreserve beträgt 17% der Vorsorgeverpflichtungen bzw. CHF 1 854 Mio. (Gesamtkasse). Es handelt sich dabei um einen Zielwert. Bei allen Vorsorgewerken mit einem Deckungsgrad von über 100% ist der Betrag zwischen 100% und 117% als Wertschwankungsreserve separat in der Bilanz ausgewiesen. Freie Mittel bestehen erst, wenn der Wert von 117% überschritten ist.

6.4 Darstellung der Vermögensanlage nach Anlagekategorien

Die nachstehende Aufstellung zeigt die verschiedenen Anlagekategorien per 31. Dezember 2015 zu Marktwerten:

Anlagekategorie (in Mio. CHF)	**31.12.2015**	**31.12.2014**	**Veränderung**
Liquidität	645	805	–160
Obligationen	2 715	2 872	–157
Hypotheken	651	597	+54
Darlehen	686	615	+71
Aktien Inland	1 425	1 433	–8
Aktien Ausland	1 972	2 022	–50
Immobilien Inland	2 309	2 073	+236
Immobilien Ausland	362	316	+46
Rohstoffe	288	350	–62
Total	**11 053**	**11 083**	**–30**
Sonstige Aktivposten in Bilanz	99	121	–22
Total Bilanzsumme	**11 152**	**11 204**	**–52**

Die Zuordnung von Vermögenswerten in Anlagekategorien basiert ausschliesslich auf buchhalterischen Werten. Den Anlagekategorien zugehörige Liquiditätsbestände werden vollumfänglich in der Position «Liquidität» gezeigt.

Die folgende Tabelle zeigt die Struktur nach Anlagekategorie inklusive zugehöriger Liquidität per Ende des Geschäftsjahres 2015 im Vergleich zur Anlagestrategie (jeweils in Prozenten des Gesamtvermögens) sowie die taktische Abweichung:

Anlagekategorie	31.12.2015	Strategie	Taktische Abweichung	Bandbreite	31.12.2014
Liquidität	5,1%	8,5%	–3,4%	2,5–30,0%	7,3%
Obligationen	24,5%	25,0%	–0,5%	15,0–32,5%	25,9%
Hypotheken	5,9%	5,5%	+0,4%	2,5–12,5%	5,4%
Darlehen	6,5%	5,0%	+1,5%	0,0–10,0%	5,8%
Aktien Inland	13,0%	12,5%	+0,5%	5,0–15,0%	12,9%
Aktien Ausland	18,2%	17,5%	+0,7%	10,0–22,5%	18,2%
Immobilien Inland	20,9%	20,0%	+0,9%	12,0–24,0%	18,5%
Immobilien Ausland	3,3%	3,0%	+0,3%	0,0–6,0%	2,9%
Rohstoffe	2,6%	3,0%	–0,4%	0,0–5,0%	3,1%
Total	**100,0%**	**100,0%**	**0,0%**		**100,0%**

Einhaltung der Anlagevorschriften

Die Anlagevorschriften gemäss Art. 50 bis 58 BVV 2 wurden während des Berichtsjahres stets eingehalten.

6.5 Laufende (offene) derivative Finanzinstrumente

Die nachfolgende Aufstellung gibt einen Überblick über die laufenden derivativen Geschäfte zu Anrechnungswerten per 31. Dezember 2015 (gemäss Art. 56a Abs. 7 BVV 2):

(in Mio. CHF)	Marktwert	Ökonomisches Exposure	BVV 2 Exposure
Derivatpositionen Obligationen	7,3	7,3	0,0
Derivatpositionen Aktien Inland	0,0	1,5	1,5
Derivatpositionen Aktien Ausland	0,0	19,8	21,7
Derivatpositionen Immobilien Ausland	2,8	2,8	0,0
Total	**10,1**	**31,4**	**23,2**

Das totale Kontraktvolumen zu den laufenden (offenen) derivativen Finanzinstrumenten beträgt CHF 469 Mio. (Vorjahr CHF 847,4 Mio.). Es handelt sich dabei um Währungsabsicherungen in Schweizer Franken sowie börsengehandelte Futures und Warrants sowie strukturierte Produkte.

Für die das Engagement erhöhenden Derivateinsätze waren die Liquiditätsanforderungen während des Jahres stets erfüllt. Die das Engagement reduzierenden Positionen waren unterjährig vollumfänglich gedeckt.

Zur Sicherung von allfälligen Forderungen der UBS Switzerland AG aus Derivatgeschäften gegenüber der PKBS wurden der UBS AG per 31. Dezember 2015 Vermögenswerte im Umfang von CHF 1 324 Mio. (Vorjahr CHF 1 226 Mio.) verpfändet.

6.6 Offene Kapitalzusagen

Per 31. Dezember 2015 bestehen vertragliche Investitionsverpflichtungen gegenüber:

- AFIAA Anlagestiftung für Immobilienanlagen im Ausland, Zürich, von CHF 10,8 Mio. und
- Zürich Anlagestiftung, Zürich, von EUR 35 Mio.

6.7 Marktwert und Vertragspartner der Wertpapiere unter Securities Lending

Im Berichtsjahr wurde kein Securities Lending-Programm ausgeführt.

6.8 Erläuterung des Netto-Ergebnisses aus Vermögensanlage

Nettoertrag Flüssige Mittel und Geldmarktanlagen (in CHF)	2015	2014
Zinsertrag Bank- und Postguthaben	1 314	7 343
Zinsertrag Geldmarktforderungen	109 793	9 743 129
Veränderung Marchzinsen	–85 457	–75 523
Total	**25 650**	**9 674 949**

Nettoertrag aus Forderungen (in CHF)	**2015**	**2014**
Zinsen von Versicherten für Einkäufe	1 995 648	2 152 278
Zinsen für Austrittsentschädigungen	–476 188	–389 222
Total	**1 519 460**	**1 763 056**

Nettoertrag aus Forderungen gegenüber Arbeitgebern (in CHF)	**2015**	**2014**
Zinsertrag auf Kontokorrent Staat	8 588	32 242
Total	**8 588**	**32 242**

Das Kontokorrent Staat wurde mit 0,024% (Vorjahr 0,1%) verzinst.

Nettoertrag Obligationen (in CHF)	**2015**	**2014**
Zinsertrag	41 605 610	41 870 120
Realisierte und nicht realisierte Kurserfolge	–7 491 465	142 756 718
Total	**34 114 145**	**184 626 838**

Nettoertrag Darlehen (in CHF)	**2015**	**2014**
Zinsertrag	9 033 498	9 166 414
Total	**9 033 498**	**9 166 414**

Nettoertrag Aktien und ähnliche Wertpapiere (in CHF)	**2015**	**2014**
Dividendenertrag	79 671 003	72 691 794
Erfolg aus Derivaten	14 962 392	689 121
Realisierte und nicht realisierte Kurserfolge	–68 717 439	393 294 017
Total	**25 915 955**	**466 674 932**

Nettoertrag Hypotheken (in CHF)	**2015**	**2014**
Hypothekarzinsen und -kommissionen	10 612 652	11 415 783
Veränderung von Wertberichtigungen	175 000	103 000
Total	**10 787 652**	**11 518 783**

Nettoertrag Immobilien (in CHF)	**2015**	**2014**
Immobilien Direktanlagen Inland:		
Liegenschaftsertrag brutto	79 700 619	76 107 003
Liegenschaftsaufwand	–23 643 973	–22 122 379
Marktwertanpassungen	20 062 511	15 886 874
Erfolg aus Liegenschaftsverkäufen	703 960	1 077 925
Total Immobilien Direktanlagen Inland	**76 823 117**	**70 949 423**
Immobilien indirekte Anlagen:		
Erfolg indirekte Anlagen Inland	6 227 917	4 341 171
Marktwertanpassungen indirekte Anlagen Inland	29 397 881	35 470 876
Erfolg indirekte Anlagen Ausland	–3 024 429	–2 411 141
Marktwertanpassungen indirekte Anlagen Ausland	6 589 876	22 513 750
Abgaben und Kommissionen	–62 230	–6 867
Indirekter Ertrag gemäss Weisung OAK BV	7 828 129	7 297 265
Total Immobilien indirekte Anlagen	**46 957 144**	**67 205 054**
Total Immobilien insgesamt	**123 780 261**	**138 154 477**

Nettoertrag Rohstoffe (in CHF)	**2015**	**2014**
Realisierte und nicht realisierte Kurserfolge	–60 185 981	–36 276 369
Indirekter Ertrag gemäss Weisung OAK BV	471 981	398 415
Total	**–59 714 000**	**–35 877 954**

Zinsaufwand auf Arbeitgeberbeitragsreserven (in CHF)	**2015**	**2014**
Zinsen auf Arbeitgeberbeitragsreserven Staat	–23 718	–51 968
Zinsen auf Arbeitgeberbeitragsreserven angeschlossene Arbeitgeber	–282 669	–878 970
Total	**–306 387**	**–930 938**

6.9 Erläuterung zu den Vermögensverwaltungskosten

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Vermögensverwaltungskosten der PKBS:

Kosten der Vermögensverwaltung (in CHF)	**2015**	**2014**
Kosten Verwaltungsmandate	–18 003 392	–15 435 798
Depotgebühren, Kommissionen, Sachkosten etc.	–4 145 269	–4 029 998
Total	**–22 148 661**	**–19 465 796**
wovon indirekte Kosten gemäss Weisung OAK BV	–8 534 399	–7 758 685

Die PKBS weist Vermögensverwaltungskosten von 0,20% (Vorjahr 0,17%) der gesamten Vermögensanlagen aus. Die Kostentransparenzquote beträgt 99,3% (Vorjahr 99,6%). Diese Quote zeigt die Verfügbarkeit von Informationen über die Kosten auf. Dies bedeutet, dass 99,3% der Vermögensanlagen mittels Direktanlagen und transparenten Kollektivanlagen umgesetzt werden. Der Anteil an nicht transparenten Kollektivanlagen beträgt 0,7%.

Die nicht transparenten Kollektivanlagen (siehe Erläuterungen in Anhang 11. Abkürzungen und Begriffe) umfassen per 31. Dezember 2015 folgende Positionen, welche bis auf Weiteres gehalten werden:

ISIN	**Beschrieb**	**Volumen** (in Mio. CHF)	
		2015	**2014**
AU0000XCLWV6	2.5 Australia Indexed Bonds 2030	3,1	0,0
MX0SGO000023	4.5 Mexico Index Linked 2035	0,4	0,0
ZAE000192795	Fortress Income Fund Ltd. – B-Aktie	0,1	0,0
CH0119397492	Tracker Certificate ETT MSCI Taiwan Index	22,8	27,6
CH0119397500	Tracker Certificate ETT MSCI India Index	0,0	15,8
CH0293784861	Swiss Life REF (CH) Swiss Properties	47,1	0,0
Total nicht transparente Kollektivanlagen		**73,5**	**43,4**

6.10 Erläuterung der Anlagen bei Arbeitgebern und der Arbeitgeberbeitragsreserven

Anlagen bei Arbeitgebern (in CHF)	**31.12.2015**	**31.12.2014**
Forderungen gegenüber Staat	2 218 659	15 419 936
Forderungen gegenüber angeschlossenen Arbeitgebern	11 658 517	10 139 423
Total	**13 904 176**	**25 559 359**

Die Forderungen gegenüber dem Staat bestehen aus dem Saldo des Kontokorrents der PKBS bei der Finanzverwaltung Basel-Stadt. Per 1. März 2016 sind alle Forderungen beglichen.
Die Forderungen gegenüber den angeschlossenen Arbeitgebern beinhalten im Wesentlichen die per 31. Dezember 2015 offenen Prämienbeiträge des Monats Dezember. Per 1. März 2016 sind alle Forderungen beglichen.

Arbeitgeberbeitragsreserven (in CHF)	**31.12.2015**	**31.12.2014**
Arbeitgeberbeitragsreserven ohne Verwendungsverzicht:		
– Staat	2 016 835	1 352 013
– angeschlossene Arbeitgeber	28 158 603	23 507 901
Total	**30 175 438**	**24 859 914**
Arbeitgeberbeitragsreserven mit Verwendungsverzicht:		
– angeschlossene Arbeitgeber	10 253 500	8 653 500
Total Arbeitgeberbeitragsreserven	**10 253 500**	**8 653 500**

Die Arbeitgeberbeitragsreserven ohne Verwendungsverzicht werden zum Satz der im betreffenden Jahr auf dem Vorsorgevermögen erzielten Performance verzinst, jedoch nicht weniger als 0% und nicht höher als 4%. Dadurch wurden die Arbeitgeberbeitragsreserven ohne Verwendungsverzicht für das Jahr 2015 mit 1,19% (Vorjahr 4%) verzinst.
Die Arbeitgeberbeitragsreserven mit Verwendungsverzicht werden gemäss BVG nicht verzinst.

7. Erläuterung weiterer Positionen der Bilanz und Betriebsrechnung

Immobilien (in CHF)	**31.12.2015**	**31.12.2014**
Immobilien Direktanlagen Inland		
– Wohnimmobilien	1 095 590 000	1 040 440 000
– Geschäftsimmobilien	344 740 000	351 610 000
– Entwicklungsprojekte	8 980 000	5 676 756
Total Immobilien Direktanlagen Inland	**1 449 310 000**	**1 397 726 756**
Total Immobilien indirekte Anlagen Inland	**859 849 581**	**675 051 099**
Total Immobilien indirekte Anlagen Ausland	**362 257 571**	**315 957 752**
Total Immobilien	**2 671 417 152**	**2 388 735 607**

Aktive Rechnungsabgrenzungen (in CHF)	**31.12.2015**	**31.12.2014**
Abgrenzungen Liegenschaftsabrechnung	10 348 730	10 275 185
Marchzinsen auf Obligationen und Geldmarktanlagen	22 530 142	27 336 171
Übrige transitorische Aktiven	19 646	17 207
Total	**32 898 518**	**37 628 563**

Passive Rechnungsabgrenzungen (in CHF)	**31.12.2015**	**31.12.2014**
Abgrenzungen Liegenschaftsabrechnung	24 212 917	21 929 618
Übrige transitorische Passiven	3 269 303	2 938 796
Total	**27 482 220**	**24 868 414**

Ordentliche und übrige Beiträge und Einlagen

Unter dieser Position sind sowohl für den Staat als auch für die angeschlossenen Arbeitgeber die ordentlichen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge sowie die jeweiligen Einkäufe und Nachzahlungen der Arbeitgeber zusammengefasst. Die nachfolgende Tabelle informiert über die weiteren Einzelheiten:

Beiträge (in CHF)	**2015**	**2014**
Staat		
Arbeitnehmerbeiträge ordentliche	64 359 587	62 212 636
Arbeitgeberbeiträge ordentliche	117 551 251	113 383 882
Arbeitgeberbeiträge (Einlage in Teuerungsfonds)	661 220	654 855
Nachzahlungen Arbeitnehmer	7 617 102	4 209 546
Nachzahlungen Arbeitgeber	835 050	556 534
Einmaleinlagen und Einkaufssummen Arbeitnehmer	12 801 458	8 567 166
Einmaleinlagen und Einkaufssummen Arbeitgeber	211 639	153 882
Total Beiträge Staat	**204 037 307**	**189 738 501**
Angeschlossene Arbeitgeber		
Arbeitnehmerbeiträge ordentliche	64 487 591	63 656 891
Arbeitgeberbeiträge ordentliche	116 980 542	115 449 910
Arbeitgeberbeiträge (Einlagen in Teuerungsfonds)	570 260	555 189
Nachzahlungen Arbeitnehmer	3 773 168	3 700 353
Nachzahlungen Arbeitgeber	3 678 855	2 538 682
Sanierungsbeiträge Arbeitnehmer	86 143	883 087
Sanierungsbeiträge Arbeitgeber	108 260	905 192
Einmaleinlagen und Einkaufssummen Arbeitnehmer	9 922 895	10 541 710
Einmaleinlagen und Einkaufssummen Arbeitgeber	5 157 830	51 998
Total angeschlossene Arbeitgeber	**204 765 544**	**198 283 012**
Übrige Beiträge		
Einlagen in die Arbeitgeberbeitragsreserven	6 953 099	1 493 690
Entnahmen aus den Arbeitgeberbeitragsreserven zur Beitragsfinanzierung	–357 430	–238 106
Zuschüsse Sicherheitsfonds	18 401	18 132
Total übrige Beiträge	**6 614 070**	**1 273 716**
Gesamttotal Beiträge	**415 416 921**	**389 295 229**

Diese Position enthält alle Freizügigkeitsleistungen sowie die Einzahlungen von WEF-Vorbezügen und Scheidungen:

Eintrittsleistungen (in CHF)	**2015**	**2014**
Freizügigkeitsleistungen:		
– Staat	62 828 467	48 304 983
– Angeschlossene Arbeitgeber	70 017 929	73 403 316
Total Freizügigkeitsleistungen	**132 846 396**	**121 708 299**
Einzahlungen WEF-Vorbezüge / Scheidungen:		
– Staat	1 737 493	1 964 259
– Angeschlossene Arbeitgeber	1 539 256	1 649 109
Total Einzahlungen WEF-Vorbezüge / Scheidungen	**3 276 749**	**3 613 368**
Total Übertragung bei kollektivem Eintritt	**0**	**1 026 819**
Total Eintrittsleistungen	**136 123 145**	**126 348 486**

In dieser Position sind die Verwaltungskosten ohne die Kosten der Vermögensverwaltung enthalten:

Verwaltungsaufwand (in CHF)	**2015**	**2014**
Allgemeine Verwaltung: Personalkosten	4 254 910	3 973 662
Allgemeine Verwaltung: Übriger Aufwand	2 291 468	1 865 684
Revisionsstelle und Expertin für berufliche Vorsorge	200 412	207 710
Aufsichtsbehörden	21 749	82 372
Total Verwaltungsaufwand	**6 768 539**	**6 129 428**

Verwaltungsaufwand pro Destinatär (in CHF)	**2015**	**2014**
ohne Einrechnung Sonstiger Ertrag / Sonstiger Aufwand	181	166
mit Einrechnung Sonstiger Ertrag / Sonstiger Aufwand	177	162

Die Verwaltungskosten des Bereiches Vermögensanlagen (Personal und Übriger Aufwand) sind in der Position «Kosten der Vermögensverwaltung» im Netto-Ergebnis aus Vermögensanlage enthalten (siehe Ziffer 6.9).
Die Erhöhung der Verwaltungskosten gegenüber dem Vorjahr ist auf die Kosten im Zusammenhang mit dem Projekt Reform zurückzuführen. Ohne diese Kosten beträgt der Verwaltungsaufwand pro Destinatär (ohne Einrechnung Sonstiger Ertrag/Aufwand) CHF 132 (Vorjahr CHF 137).

8. Auflagen der Aufsichtsbehörde

Es liegen zurzeit keine unerledigten Auflagen vor.

9. Weitere Informationen mit Bezug auf die finanzielle Lage

9.1 Unterdeckung / Erläuterung der getroffenen Massnahmen

Bei einem Vorsorgewerk konnte infolge Erreichens eines Deckungsgrades von 100% die direkte Sanierungsmassnahme im Berichtsjahr eingestellt werden. Somit liefen noch bei zehn Vorsorgewerken direkte Sanierungen bis zum 31. Dezember 2015.

Indirekte Sanierungskonzepte liefen bis 31. Dezember 2015 noch im Versichertenbereich Staat sowie bei acht angeschlossenen Arbeitgebern unverändert weiter.

Noch immer konnten mit folgenden angeschlossenen Arbeitgebern keine Sanierungsvereinbarung gefunden werden:

- Basler Kunstverein
- Merian Iselin Spital
- Motorfahrzeug-Prüfstation beider Basel
- Rehab Basel AG
- SEHBEHINDERTENHILFE Basel
- Universitäts-Kinderspital beider Basel (UKBB)
- Zoologischer Garten Basel AG

Infolge anstehender Gesetzesrevision wurde mit allen Vorsorgewerken, welche einen aktiven Versichertenbestand haben und sich aufgrund des bisherigen Deckungsgrades in einer Unterdeckung befinden oder wegen der geschätzten Kosten in Zusammenhang mit der Senkung des technischen Zinssatzes (von aktuell 4% auf 3%) per 1. Januar 2016 in eine Unterdeckung geraten werden, eine neue Sanierungsvereinbarung getroffen. Die laufenden direkten sowie indirekten Sanierungskonzepte wurden in diesem Zusammenhang durch solche Sanierungsvereinbarungen abgelöst. Die Vorsorgewerke, welche sich aufgrund der Gesetzesrevision ab dem 1. Januar 2016 in Teilkapitalisierung befinden, haben einen Ausgangsdeckungsgrad von 80 Prozent, welcher durch die Veränderungen nicht unterschritten wird.

Die laufenden Sanierungskonzepte resp. der Sanierungsbedarf der Vorsorgewerke mit ausschliesslich Rentenbeziehenden werden im Jahr 2016 überprüft.

9.2 Verwendungsverzicht des Arbeitgebers auf Arbeitgeber-Beitragsreserven

Für sieben Vorsorgewerke bestehen Arbeitgeberbeitragsreserven mit Verwendungsverzicht von insgesamt CHF 10,3 Mio. (Vorjahr CHF 8,7 Mio.). Umwidmungen erfolgten 2015 keine.

Arbeitgeberbeitragsreserven mit Verwendungsverzicht werden nicht verzinst und dienen der Reduktion der bestehenden Unterdeckung. Verbessert sich der Deckungsgrad des Vorsorgewerks im Laufe der Zeit so weit, dass auch ohne diesen Betrag eine 100%-Deckung erreicht ist, entfällt der Zusatz «mit Verwendungsverzicht», sodass dannzumal diese Beitragsreserve zur Begleichung von ordentlichen Arbeitgeberbeiträgen herangezogen werden kann.

9.3 Teilliquidationen

Im Geschäftsjahr 2015 waren keine Teilliquidationen zu verzeichnen; bei den nachfolgenden Vorsorgewerken fanden Totalliquidationen statt:

- Sozialpädagogische Wohngruppen Karpfenweg per 1. Januar 2015
- Integration Interkantonale Strafanstalt Bostadel in Staat per 1. Januar 2015
- Integration Augenspital in Basel in Universitätsspital Basel per 1. Januar 2015

9.4 Laufende Rechtsverfahren

Es sind keine laufenden Rechtsverfahren im Gang, welche für die PKBS substanzielle Risiken beinhalten.

9.5 Besondere Geschäftsvorfälle und Vermögenstransaktionen

Es bestehen keine besonderen Geschäftsvorfälle und Vermögenstransaktionen.

10. Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Die Einführung des Pensionskassengesetzes vom 4. Juni 2014 auf den 1. Januar 2016 hat Auswirkungen auf die Bilanzwerte und somit auf den Deckungsgrad.

Nachfolgend sind die entsprechenden Veränderungen auf Ebene Gesamtkasse vom 31. Dezember 2015 auf den 1. Januar 2016 dargestellt:

	31.12.15	Veränderungen	01.01.16
Aktiven (in CHF)			
Vermögensanlagen	11 118 789 210	422 784 212	11 541 573 422
Aktive Rechnungsabgrenzungen	32 898 518	0	32 898 518
Total Aktiven	**11 151 687 728**		**11 574 471 940**
Passiven (in CHF)			
Verbindlichkeiten	44 574 260	0	44 574 260
Passive Rechnungsabgrenzungen	27 482 220	0	27 482 220
Arbeitgeber-Beitragsreserven ohne Verw.verzicht	30 175 438	–800 000	29 375 438
Arbeitgeber-Beitragsreserven mit Verw.verzicht	10 253 500	0	10 253 500
Vorsorgekapital aktive Versicherte	4 373 140 855	461 345 079	4 834 485 934
Vorsorgekapital Rentenbeziehende	6 328 367 293	613 782 874	6 942 150 167
Technische Rückstellungen	242 984 194	27 110 113	270 094 307
Teilkapitalisierungsanteil	0	–2 068 510 607	–2 068 510 607
Wertschwankungsreserven/Freie Mittel/Unterdeckung	94 709 968	1 389 856 753	1 484 566 721
Total Passiven	**11 151 687 728**		**11 574 471 940**
Deckungsgrad Gesamtkasse	**101,0%**	**–5,8%**	**95,2%**
Deckungsgrad aller Vorsorgewerke in Vollkapitalisierung			97,6%
Deckungsgrad aller Vorsorgewerke in Teilkapitalisierung			94,9%
Deckungsgrad Staat			93,2%

Die Veränderungen bei den Vermögensanlagen über CHF 422 784 212 und den Arbeitgeber-Beitragsreserven ohne Verwendungsverzicht über CHF 800 000 bestehen einerseits aus eingebrachten Besitzstandseinlagen der Arbeitgeber. Andererseits wurden die Forderungen gegenüber den Arbeitnehmern für Zusatzbeiträge ausgebucht, da es diese im Beitragsprimat nicht mehr gibt.

Die Veränderung des Vorsorgekapitals aktive Versicherte über CHF 461 345 079 entspricht den Besitzstandseinlagen der Arbeitgeber.

Die Erhöhungen des Vorsorgekapitals Rentenbeziehende und der technischen Rückstellungen über CHF 613 782 874 bzw. CHF 27 110 113 widerspiegelt die vom Verwaltungsrat beschlossene Senkung des technischen Zinssatzes von 4% auf 3%.

Der Teilkapitalisierungsanteil über CHF –2 068 510 607 entspricht 20% der Vorsorgekapitalien und technischen Rückstellungen aller in Teilkapitalisierung geführten Vorsorgewerke und ist aufgrund der Rechnungslegungsvorschriften separat auszuweisen. Die damit zusammenhängende Zunahme der Positionen Wertschwankungsreserven, Freie Mittel und Unterdeckung über CHF 1 389 856 753 bringt so einerseits zum Ausdruck, dass die teilkapitalisierten Vorsorgewerke eine Wertschwankungsreserve ausweisen, wenn der Deckungsgrad über 80% liegt. Andererseits sind darin auch Zunahmen von Unterdeckungen bei einigen Vorsorgewerken enthalten.

11. Abkürzungen und Begriffe

Aktive Versicherte	Erwerbstätige Versicherte
Altersguthaben BVG	Summe der jährlichen Altersgutschriften gemäss Bundesgesetz inkl. deren Verzinsung zum Mindestzinssatz
Angeschlossene Arbeitgeber	Siehe Arbeitgeber
Arbeitgeber	Unternehmen, mit denen die PKBS einen Anschlussvertrag abgeschlossen hat (auch «Angeschlossene Arbeitgeber» genannt). Der Staat hat keinen Anschlussvertrag, sondern ist aufgrund des Pensionskassengesetzes bei der PKBS angeschlossen.
Arbeitnehmende	Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die einen Arbeitsvertrag mit einem angeschlossenen Unternehmen haben.
Asset-Liability-Studie	Ziel einer Asset-Liability-Studie (asset = dt. Vermögensanlagen; liability = dt. versicherungstechnische Verbindlichkeiten/Vorsorgekapital) ist die Bestimmung einer Anlagestrategie, welche optimal auf die Risikofähigkeit der Pensionskasse abgestimmt ist und die Renditeziele der Pensionskasse berücksichtigt.
Austrittsleistung	Auszahlungsbetrag bei Austritt aus der PKBS, bevor ein Vorsorgefall (Alter, Tod, Invalidität) eingetroffen ist. Die Austrittsleistung entspricht grundsätzlich dem Barwert der erworbenen Leistungen (bzw. dem vorhandenen Altersguthaben im BVG-Plan), mindestens jedoch der Mindestleistung gemäss Art. 17 des Freizügigkeitsgesetzes sowie mindestens dem BVG-Altersguthaben.
Barwert der erworbenen Leistung (BEL)	Dieser Wert entspricht dem Kapitalwert der erworbenen Leistungen am Berechnungsstichtag. Die erworbenen Leistungen errechnen sich aus den versicherten Leistungen, die im Verhältnis der zurückgelegten zur gesamten Versicherungsdauer gekürzt werden.
Beitragsprimat/BP	Die Höhe der Altersleistung wird grundsätzlich vom Umfang des aus den jeweiligen individuellen Beiträgen angesparten und verzinsten Kapitals bestimmt.
Benchmark	Vergleichskriterium / Messlatte für die erzielte Performance

Berichtsjahr	Entspricht dem Geschäftsjahr
BVG	Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge vom 18. April 1984. Es handelt sich um ein Rahmengesetz mit Mindestnormen (BVG-Obligatorium), das seit dem 1. Januar 1985 in Kraft ist.
BVG-Registrierung	Eintrag in das Register für die berufliche Vorsorge. Einzutragen sind diejenigen Vorsorgeeinrichtungen, die das Obligatorium gemäss BVG durchführen.
BVG-Zinssatz	Mindestzinssatz zur Verzinsung des BVG-Altersguthabens
BVV2-Exposure	Wie ökonomisches Exposure, wobei hier jedoch die engagementerhöhenden derivativen Instrumente zum vollen Basiswertvolumen, d.h. nicht delta-adjustiert (mit einer Ausfallwahrscheinlichkeit von 100%), berücksichtigt werden. Die engagementsenkende Wirkung von Long Puts und Short Calls darf demgegenüber nicht in Abzug gebracht werden.
Core-Satellite-Ansatz	Als Core-Satellite-Ansatz bezeichnet man im Portfoliomanagement die Aufteilung eines Portfolios auf eine breit diversifizierte Kerninvestition («Core»), die eine Grundrendite mit ausreichender Sicherheit bieten soll, und mehrere Einzelinvestitionen («Satellite») mit höherem Risiko und Renditepotenzial, die zur Renditesteigerung angehängt werden.
Deckungsgrad	Verhältnis zwischen dem vorhandenen Nettovermögen und den Vorsorgeverpflichtungen in Prozenten
Destinatäre	Aktive Versicherte und Rentenbeziehende der PKBS
Direktanlagenquote	Die Direktanlagenquote gibt Auskunft darüber, welcher Prozentsatz der Vermögensanlagen in Direktanlagen investiert ist.
Enhanced-Ansatz	Anlageansatz, welcher dem passiven Management ähnlich ist. Der Portfoliomanager hat die Möglichkeit, von der definierten Benchmark (Index) gewisse Abweichungen vorzunehmen und dadurch eine Optimierung zu erreichen.
Freizügigkeitsleistung	Siehe Austrittsleistung
Geschäftsjahr	Auch Berichtsjahr genannt

Indirekte Kosten bzw. indirekter Ertrag gemäss Weisung OAK BV	Gemäss Art. 48a BVV2 und der Weisung der Oberaufsichtskommission Berufliche Vorsorge (OAK BV) müssen die Kosten von kostentransparenten Kollektivanlagen (zusammen mit den restlichen Vermögensverwaltungskosten) in der Betriebsrechnung ausgewiesen werden. Gleichzeitig sind die Erträge der jeweiligen Anlagekategorien um die Kosten dieser transparenten Kollektivanlagen zu erhöhen.
Kombiprimat/KP	Kombination von Beitragsprimat (Altersleistungen) und Leistungsprimat (Invaliditäts- und Todesfallleistungen)
Kostentransparenzquote	Die Kostentransparenzquote gibt Auskunft darüber, welcher Prozentsatz der Vermögensanlagen in kostentransparenten Kapitalanlagen investiert ist.
Leistungsprimat/LP	Das Leistungsprimat definiert die Altersleistung im Voraus, und zwar in Prozenten des versicherten Lohnes. Davon ausgehend wird die Höhe der Beiträge der Versicherten und des Arbeitgebers bestimmt. Für die Anpassung an Besoldungs- oder Versicherungserhöhungen sowie die Teuerung sind in der Regel Nachzahlungen zu entrichten.
Nicht transparente Kollektivanlagen	Als Kollektivanlagen gelten Vermögen, die von Anlegern zur gemeinschaftlichen Vermögensanlage aufgebracht und für deren Rechnung verwaltet werden. Als nicht (kosten)transparent gelten Kollektivanlagen, für welche in der Betriebsrechnung der PKBS weder die TER-Kosten noch die TTC-Kosten ausgewiesen werden.
Ökonomisches Exposure	Das ökonomische Exposure gibt an, welches Engagement mit einem Portefeuille eingegangen wird. Hierzu werden die derivativen Instrumente mit ihren Basisinstrumenten «gleichnamig» gemacht, was die Aggregation aller Positionen innerhalb einer Anlagekategorie erlaubt.
Performance	Ausdruck für die Wertentwicklung (Wertzuwachs oder Wertverminderung) von Kapitalanlagen unter Mitberücksichtigung der Ertragsausschüttungen und Kursveränderungen.
Private Equity	Private Equity ist eine Form des Beteiligungs- bzw. Aktienkapitals, bei der die vom Kapitalgeber eingegangene Beteiligung nicht an geregelten Märkten wie Börsen handelbar ist. Häufig erfolgt die Beteiligungsform für institutionelle Anleger über spezialisierte Kapitalbeteiligungsgesellschaften.
Securities Lending	Ausleihen von Wertpapieren auf bestimmte oder unbestimmte Frist gegen Erhalt einer Kommission. Das wirtschaftliche Eigentum (Nutzniessung) verbleibt beim Ausleiher, dieser bezieht bis zum Abschluss der Transaktion Zinsen und Dividenden.
Staat	Siehe Arbeitgeber

Swiss GAAP FER	Fachempfehlungen zur Rechnungslegung. Die Fachempfehlung Nr. 26 (Swiss GAAP FER 26) legt für alle Vorsorgeeinrichtungen verbindliche Rechnungslegungsnormen fest. Die Verwendung von Swiss GAAP FER 26 ist im BVG vorgeschrieben.
Technische Rückstellungen	Versicherungstechnische Rückstellungen dienen primär zur Absicherung von Risikoschwankungen und zur Vorfinanzierung der Zunahme der Lebenserwartung.
Technischer Zinssatz	Der technische Zinssatz ist ein langfristig ausgerichteter Zinssatz, der für versicherungstechnische Berechnungen wie z.B. die Berechnung des Umwandlungssatzes sowie der Rentenbarwerte massgebend ist (Diskontsatz für die künftigen Rentenzahlungen).
Unterdeckung	Eine Unterdeckung besteht, wenn am Bilanzstichtag das nach anerkannten Grundsätzen durch den Experten für berufliche Vorsorge berechnete versicherungstechnisch notwendige Vorsorgekapital nicht durch das dafür verfügbare Vorsorgevermögen (Aktiven zu Marktwerten abzüglich kaufmännische Verbindlichkeiten) gedeckt ist.
Umhüllende Vorsorgeleistungen	Dies sind Leistungen, welche zusätzlich zu den obligatorischen Leistungen nach BVG auch vor- und/oder überobligatorische Leistungen beinhalten.
Versicherte Personen	Alle in die Pensionskasse aufgenommenen Arbeitnehmenden
Versichertenkollektiv	Vorsorgewerk mit eigener Finanzierung (Staat; angeschlossene Arbeitgeber)
Vorsorgekapital	Das Vorsorgekapital ist das benötigte Kapital, um die gegenüber den Versicherten eingegangenen reglementarischen Verpflichtungen finanzieren zu können.
Wertschwankungsreserven	Reserven, die zur Absicherung von Wert- und Renditeschwankungen auf dem Vermögen dienen. Sie haben so einen Glättungseffekt und tragen dazu bei, eine Unterdeckung zu verhindern.
Wohneigentumsförderung (WEF)	Durch Vorbezug oder Verpfändung von Teilen der Austrittsleistung wird der Erwerb von selbst genutztem Wohneigentum gefördert.

Teil III: Bericht der Revisionsstelle

Bericht der Revisionsstelle
an den Verwaltungsrat der
Pensionskasse Basel-Stadt
Basel

Bericht der Revisionsstelle zur Jahresrechnung

Als Revisionsstelle haben wir die auf den Seiten 15 bis 56 des Geschäftsberichts wiedergegebene Jahresrechnung der Pensionskasse Basel-Stadt, bestehend aus Bilanz, Betriebsrechnung und Anhang für das am 31. Dezember 2015 abgeschlossene Geschäftsjahr geprüft.

Verantwortung des Verwaltungsrates

Der Verwaltungsrat ist für die Aufstellung der Jahresrechnung in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften, dem Gesetz betreffend die Pensionskasse Basel-Stadt (Pensionskassengesetz) und den Reglementen verantwortlich. Diese Verantwortung beinhaltet die Ausgestaltung, Implementierung und Aufrechterhaltung einer internen Kontrolle mit Bezug auf die Aufstellung einer Jahresrechnung, die frei von wesentlichen falschen Angaben als Folge von Verstössen oder Irrtümern ist. Darüber hinaus ist der Verwaltungsrat für die Auswahl und die Anwendung sachgemässer Rechnungslegungsmethoden sowie die Vornahme angemessener Schätzungen verantwortlich.

Verantwortung des Experten für berufliche Vorsorge

Für die Prüfung bestimmt der Verwaltungsrat neben der Revisionsstelle einen Experten für berufliche Vorsorge. Dieser prüft periodisch, ob die Vorsorgeeinrichtung Sicherheit dafür bietet, dass sie ihre Verpflichtungen erfüllen kann und ob die reglementarischen versicherungstechnischen Bestimmungen über die Leistungen und die Finanzierung den gesetzlichen Vorschriften entsprechen. Für die für versicherungstechnische Risiken notwendigen Rückstellungen ist der aktuelle Bericht des Experten für berufliche Vorsorge nach Art. 52e Absatz 1 BVG in Verbindung mit Art. 48 BVV 2 massgebend.

Verantwortung der Revisionsstelle

Unsere Verantwortung ist es, aufgrund unserer Prüfung ein Prüfungsurteil über die Jahresrechnung abzugeben. Wir haben unsere Prüfung in Übereinstimmung mit dem schweizerischen Gesetz und den Schweizer Prüfungsstandards vorgenommen. Nach diesen Standards haben wir die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass wir hinreichende Sicherheit gewinnen, ob die Jahresrechnung frei von wesentlichen falschen Angaben ist.

Eine Prüfung beinhaltet die Durchführung von Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungsnachweisen für die in der Jahresrechnung enthaltenen Wertansätze und sonstigen Angaben. Die Auswahl der Prüfungshandlungen liegt im pflichtgemässen Ermessen des Prüfers. Dies schliesst eine Beurteilung der Risiken wesentlicher falscher Angaben in der Jahresrechnung als Folge von Verstössen oder Irrtümern ein. Bei der Beurteilung dieser Risiken berücksichtigt der Prüfer die interne Kontrolle, soweit diese für die Aufstellung der Jahresrechnung von Bedeutung ist, um die den Umständen entsprechenden Prüfungshandlungen festzulegen, nicht aber um ein Prüfungsurteil über die Wirksamkeit der internen Kontrolle abzugeben. Die Prüfung umfasst zudem die Beurteilung der Angemessenheit der angewandten Rechnungslegungsmethoden, der Plausibilität der vorgenommenen Schätzungen sowie eine Würdigung der Gesamtdarstellung der Jahresrechnung. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise eine ausreichende und angemessene Grundlage für unser Prüfungsurteil bilden.

Prüfungsurteil

Nach unserer Beurteilung entspricht die Jahresrechnung für das am 31. Dezember 2015 abgeschlossene Geschäftsjahr dem schweizerischen Gesetz, dem Gesetz betreffend die Pensionskasse Basel-Stadt (Pensionskassengesetz) und den Reglementen.

PricewaterhouseCoopers AG, St. Jakobs-Strasse 25, Postfach, 4002 Basel
Telefon: +41 58 792 51 00, Telefax: +41 58 792 51 10, www.pwc.ch

PricewaterhouseCoopers AG ist Mitglied eines globalen Netzwerks von rechtlich selbständigen und voneinander unabhängigen Gesellschaften.

pwc

Berichterstattung aufgrund weiterer gesetzlicher und anderer Vorschriften

Wir bestätigen, dass wir die gesetzlichen Anforderungen an die Zulassung (Art. 52b BVG) und die Unabhängigkeit (Art. 34 BVV 2) erfüllen und keine mit unserer Unabhängigkeit nicht vereinbaren Sachverhalte vorliegen.

Ferner haben wir die weiteren in Art. 52c Abs. 1 BVG und Art. 35 BVV 2 vorgeschriebenen Prüfungen vorgenommen. Der Verwaltungsrat ist für die Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben und die Umsetzung der gesetzlichen und reglementarischen Bestimmungen zur Organisation, zur Geschäftsführung und zur Vermögensanlage verantwortlich.

Wir haben geprüft, ob

- die Organisation und die Geschäftsführung den gesetzlichen und reglementarischen Bestimmungen entsprechen und ob eine der Grösse und Komplexität angemessene interne Kontrolle existiert;
- die Vermögensanlage den gesetzlichen und reglementarischen Bestimmungen entspricht;
- die Alterskonten den gesetzlichen Vorschriften entsprechen;
- die Vorkehren zur Sicherstellung der Loyalität in der Vermögensverwaltung getroffen wurden und die Einhaltung der Loyalitätspflichten sowie die Offenlegung der Interessenverbindungen durch das oberste Organ hinreichend kontrolliert wird;
- im Falle einer Unterdeckung die Vorsorgeeinrichtung die erforderlichen Massnahmen zur Wiederherstellung der vollen Deckung eingeleitet hat;
- die vom Gesetz verlangten Angaben und Meldungen an die Aufsichtsbehörde gemacht wurden;
- in den offen gelegten Rechtsgeschäften mit Nahestehenden die Interessen der Vorsorgeeinrichtung gewahrt sind.

Wir bestätigen, dass die diesbezüglichen anwendbaren gesetzlichen und reglementarischen Vorschriften eingehalten sind.

Einzelne Vorsorgewerke angeschlossener Arbeitgeber befinden sich in Unterdeckung. Wir verweisen auf die Erläuterung der getroffenen Massnahmen unter Ziffer 9.1 des Anhangs der Jahresrechnung.

Wir empfehlen, die vorliegende Jahresrechnung zu genehmigen.

PricewaterhouseCoopers AG

Matthias Sutter	Marco Tiefenthal
Revisionsexperte Leitender Revisor	Revisionsexperte

Basel, 25. Mai 2016

2

PKBS

Pensionskasse Basel-Stadt
Clarastrasse 13 · Postfach · 4005 Basel